

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Saar u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 50 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 50 M. Reaktionen, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 30b.

Die achtspaltige Reparationsliste über deren Namen keine 5.-M. einschließlich Steuerungsgebühr. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.-M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Steuerungsgebühr. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befuche 3,30 M. netto pro Zeile. Stellen-Befuche in Wochen-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.-M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt der Reichsregierung

Das Ende

Berlin, 4. Mai.

Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffenen politischen Lage, hat das Kabinett heute einstimmig seinen Rücktritt beschlossen.

Der Reichskanzler hat sich am Abend zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt.

Das Ministerium Fehrenbach-Simons hat ausgetreten. Gestern Abend hat es schließlich seinen Entschlußkraft aufgebracht, um zurückzutreten.

Noch am Nachmittag war die Krise wieder abgeklungen; man wollte das Ultimatum aus London abwarten. Aber schließlich begriff man, daß dieses ewige Hin und Her nachgerade völlig unmöglich geworden war und entschloß sich zur Demission.

Der Rücktritt des Ministeriums in diesem Augenblick bedeutet objektiv das Eingeständnis des völligen Versagens, die Offenbarung der absoluten Impotenz. Subjektiv verdienen gewiß einige Männer durchaus persönliche Achtung. Herr Dr. Simons ist sicherlich ein rechtlich denkender Mann, von Pflichtgefühl erfüllt und von einem Hauch jenes alten deutschen Idealismus befeelt, der das fast schon vergessene Erbe unserer großen klassischen Zeit gewesen. Aber das hindert nicht, daß seine Führung der auswärtigen Politik geradezu ein Verhängnis war. Fehler häuften sich auf Fehler. Und es bleibt beinahe ein Rätsel, wie dieser Minister, der als Fachmann, als langjähriger Beamter des auswärtigen Amtes zur Führung der Geschäfte erwählt worden war, der klarer als die meisten bürgerlichen Politiker die Erkenntnis der deutschen Not, der Notwendigkeit der Politik hatte, aus dieser Erkenntnis nie die rechten Folgerungen zu ziehen wußte. Seine ganze Politik war eine Kette von Fehlern, und selbst richtige Anläufe waren zu kurz genommen und endeten mit einem Fehlsprung.

Gewiß trifft ihn allein nicht alle Schuld. Das Kabinett hatte die Verderber in seiner eigenen Mitte, in den Vertretern der Deutschen Volkspartei. Die Rücksichtnahme auf die nationalistischen Stimmungen, die in dem Kabinett, in den sogenannten Sachverständigenkreisen, von denen Dr. Simons sich Rat erhobte, vorherrschend waren, haben sehr viel zur schließlichen Katastrophe seiner Politik beigetragen. Aber er trägt die Verantwortung, und er durfte keine Außenpolitik machen, die eben deshalb unmöglich war, weil er sich innerpolitischen Parteibedürfnissen fügte.

Dr. Simons hatte gewiß ein schweres Erbe angetreten. Auch seine rechtssozialistischen Vorgänger hatten es veräußert, den völlig veränderten Verhältnissen entsprechend eine Politik zu treiben, die rechtzeitig die nötigen Opfer brachte, um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Im Gegenteil, man ließ die völlige Irreführung der öffentlichen Meinung durch eine nationalistische Agitation gewähren, die von allen bürgerlichen und auch rechtssozialistischen Kreisen aus innerpolitischen Konkurrenzrücksichten mitgemacht wurde, ohne das deutsche Volk über den fürchterlichen Ernst seiner Situation aufzuklären, ohne an die verderblichen Folgen zu denken, die diese völlige Verkennung der wahren Lage zur Folge haben mußte. Aber unter dem Kabinett Fehrenbach wurde das alles noch bei weitem schlimmer, und Dr. Simons war nicht der Mann, der das ändern konnte. Immer wieder ließ er sich das Geheiß seines Handelns von den Gegnern vorschreiben. Obwohl alles darauf ankommen mußte, die drückendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages durch bessere Vereinbarungen zu ersetzen, brachte Dr. Simons nicht den Entschluß auf, mit seinen Vorschlägen so weit zu gehen, daß sie eine brauchbare Verhandlungsgrundlage bieten konnten. Und wenn die Gegner, wie bei den Brüsseler Verhandlungen, ihrerseits Vorschläge machten, die sofort mit aller Energie aufgenommen werden mußten, so fehlte wieder die Entschlossenheit, sich rasch zu entscheiden und das Notwendige zu tun ohne Rücksicht auf die Einwendungen der Bankleute und Schwerindustriellen, den Hauptsachverständigen der Regierung.

So wurde keine günstige Gelegenheit herbeigeführt, jede Gelegenheit, die sich bot, verpaßt. Was aber mangelnde Festigkeit, Programmlosigkeit und ewiges Zaudern war, das wurde draußen als Böswilligkeit und Hinterhältigkeit gedeutet und gab den nationalistischen Strömungen im Ausland immer neue Nahrung und machte schließlich in Frankreich die Gewaltpolitik zu den Beherrschern der Situation. Dieser Eindruck mußte noch verstärkt werden, da das Kabinett Fehrenbach sich dazu hergab, sich auf Geheiß der Regierung nach als gehorsamer Knecht der deutschen Militaristen gerade in dem Moment zu erweisen, wo alles darauf ankam, ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

So kam, was bei solcher Politik kommen mußte. Die Geschichte mit den sablinischen Büchern wiederholte sich. Von Verhandlung zu Verhandlung wurden die Forderungen höher, die Situation drohender. Vor und in London versagte die Taktik Dr. Simons völlig und nach London kann man nicht einmal mehr von Taktik sprechen. Die kostbarste Zeit wurde verträdelst, völlige Passivität geübt, um schließlich wieder viel zu spät zu Experimenten zu gelangen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. So hat diese erste bürgerliche Regierung, die aus den nationalistischen Wahlen hervorgegangen war, das deutsche Volk in eine ausweglose Sackgasse hineingeführt. Und jetzt läßt sie dort das deutsche Volk stehen und geht! Es ist ein völliger Zusammenbruch!

In der inneren Politik bedeutete diese Regierung, obwohl sie nur von der Unterstützung der Rechtssozialisten lebte, die offene Gegnerschaft gegen alle sozialistischen Bestrebungen. Obwohl sie feierlich die Sozialisierung der Kohlenbergwerke angekündigt hatte, tat sie alles, um sie zu vereiteln. Ihr Ziel war die Befestigung der kapitalistischen Ordnung, die Befreiung des Kapitalismus von den Fesseln der Zwangswirtschaft. Ihre Erziehungspolitik war Hermes, das heißt, steigende Begünstigung der Agrarier ohne Rücksicht auf die fürchterliche Notlage der Arbeiter. Ihr Reichswehrminister war Gehler, das gefügige Werkzeug in den Händen der alten Generale. Ihr Wirtschaftsminister war Scholz, die absolute Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit. Unter dieser Regierung konnten Helfferich, Stresemann und Dernburg erfolgreich ihren Kampf gegen die Besitzsteuern führen, weil der Widerstand Dr. Wirths keine Stütze in diesem Kabinett fand. Für die Arbeiterschaft bedeutete diese Regierung die Zeit weiterer Verelendung und steigender Arbeitslosigkeit.

Aber so schuldig diese Regierung ist, sie ist es nicht allein. Die Verantwortung trifft in vollem Maße auch die Parteien, die sie so lange gestützt, oder wie die Rechtssozialisten, sie gebildet haben. Ihr Verhalten bewirkte es, daß eine Regierung, die immer wieder Proben ihrer Unfähigkeit geliefert hatte, doch bis zum Eintritt der Katastrophe bleiben konnte. Wenn nicht früher, so mußte nach dem Bruch in London begriffen werden, daß diese Regierung beseitigt werden mußte, um weiteres Unheil zu verhindern. Aber die Parteien, aus Angst vor Verantwortung, aus Unfähigkeit zu einer entschlossenen und voraussehenden Politik, haben nicht minder versagt, als die Regierung selbst. Sie tragen die Verantwortung, sie müssen sie auch jetzt wieder übernehmen.

Auch diese Regierung ist, wie ihre Vorgänger, nicht im offenen Parlament durch eine Abstimmung gestürzt worden. Sie geht, weil sie nicht mehr aus und ein weiß, und sie geht, weil die Regierungsparteien sie nicht mehr halten konnten. Von diesen Parteien scheint die Deutsche Volkspartei am stärksten auf den Rücktritt gedrängt zu haben, sie scheint auch der neuen Regierung ihre Führung aufdrängen zu wollen. Eine starke bürgerliche Regierung ohne Sozialdemokratie fordern ihre Organe. Nun wohl! Die erste bürgerliche Regierung hat abgewirtschaftet, sie hat ein Erbe hinterlassen, das anzutreten in diesem Augenblick die Arbeiterschaft nicht lösen kann. Die bürgerlichen Parteien haben es dahin gebracht, daß Unheil näher ist. Noch kann die Arbeiterschaft bei den inneren und internationalen Machtverhältnissen dieses Unheil jetzt nicht bannen. Aber sie muß es vermeiden, ihre Zukunft zu kompromittieren. Aufgabe der bürgerlichen Politik, die es so weit hat kommen lassen, ist es, jetzt den Ausweg zu suchen. Unser Tag wird kommen!

Bis Freitag

Wir haben darauf hingewiesen, daß vor Freitag die Absendung des Ultimatums nicht erfolgen wird. Jetzt wird aus London noch gemeldet, daß auch der französische Ministerpräsident seinen Aufenthalt in London bis Freitag verlängert hat. Der Oberste Rat bleibt also beisammen. Es wäre noch möglich gewesen, vor der Absendung des Ultimatums der sehr deutlichen und klaren Aufforderung der amerikanischen Regierung gemäß, ein neues deutsches Angebot nach London zu senden, das vielleicht die endgültige Fassung der Londoner Beschlüsse noch hätte beeinflussen können. In London scheint man ein solches Angebot erwartet zu haben. Es ist nicht erfolgt. Auch diese, wenn auch, wie wir zugeben wollen, schwache Möglichkeit eines aktiven Eingreifens der deutschen Politik, ist nicht ausgenutzt worden. Stattdessen kommt die Demission des Kabinetts und die völlige Lähmung. Ob die bürgerlichen Parteien wenigstens imstande sind, die dringend wichtige schnelle Lösung der Regierungskrise herbeizuführen?

Die Londoner Besprechungen

CC. Paris, 4. Mai.

Der Oberste Rat der Alliierten hielt heute vormittag keine Sitzung ab, sondern trat heute nachmittag um 3 Uhr zusammen. Marshall Foch und General Beggand sind abgereist. Der polnische Außenminister Fürst Sapieha, der gestern mit dem Grafen Sforza konferierte, wurde heute nachmittag von Briand empfangen, der mit ihm die oberschlesische Frage längere Zeit hindurch besprach. Der deutsche Botschafter, Dr. Stamer, hatte heute morgen eine Unterredung mit dem Grafen Sforza. Kurze Zeit darauf hatte Lord d'Abernon mit Loucheur und Verhelst eine lange Unterredung. Die Mitglieder der Reparationskommission Louis Dubois, John Bradbury und Marquis Salvaat Razi sind heute um 10 Uhr 30 vormittags in London eingetroffen. Kurz darauf wurde Dubois von Briand zu einer Besprechung empfangen, die eine halbe Stunde dauerte. Gleich danach hatte er mit Loucheur Verhandlungen.

Die heute morgen von den „Times“ verbreiteten Nachrichten, daß neue deutsche Vorschläge der Reparationskommission unterbreitet worden wären, werden offiziell dementiert.

Die Lage

London, 4. Mai.

Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es:

Auf den Vorschlag der französischen und der belgischen Delegation hin hat man beschlossen, in dem Wortlaut der bevorstehenden interalliierten Note an Deutschland irgendeine besondere Bezeichnung der Nationalität der beim Vormarsch ins Ruhrgebiet verwandten Truppen wegzulassen, um nicht dadurch, daß nur französische und belgische Truppen genannt werden, dem Gedanken der bestehenden interalliierten Solidarität Abbruch zu tun. Wie der Bericht außerdem meldet, sei, da die Besetzung des Ruhrgebiets nur als zeitweilige Zwangsmaßnahme angesehen würde, die Deutschland durch Erfüllung des Friedensvertrages beenden würde, der Gedanke einer Einführung neuer Wirtschafts-Sanktionen, wie z. B. einer Kohlensteuer, bei den Alliierten noch nicht durchgedrungen.

Weiter heißt es in dem Bericht, die Franzosen wünschten eine vollständige Blockade der deutschen Küste, und als juristische Einwände dagegen erhoben wurden, unterbreiteten sie einen Plan betreffend eine militärische Besetzung der Häfen und boten die zu diesem Zwecke notwendigen Truppen an. Sowohl Lloyd George als auch Graf Sforza hoben jedoch nachdrücklich hervor, daß es nicht ratsam sei, die etwaigen Wirkungen zu drastischer Maßnahmen zur See auf die öffentliche Meinung bei den Neutralen nicht in Betracht zu ziehen.

„Daily Express“ erklärt, daß die Lage bezüglich Deutschlands jetzt hoffnungsvoller aussieht. Man sei der Ansicht, daß die Reparationsfrage auf eine Grundlage gestellt werden könne, die eine Regelung möglich mache und daß so der geplante Vormarsch ins Ruhrgebiet vielleicht nicht nötig sein werde.

Der französische Aufmarsch

DA. Paris, 4. Mai.

Die Militärtransporte für den neuen Einmarsch in Deutschland sind bereits in vollem Gange. Das in Meun garnisonierende 12. Dragoner-Regiment ist bereits nach Vandau abgegangen. Eben dahin wird ein in Lyon zusammengestelltes gemischtes Kavallerie-Regiment unter dem Kommando des Obersten Donnop abtransportiert, desgleichen mehrere Batterien des 54. Artillerie-Regiments. Auch die Pariser Garnison hat schon zahlreiche Truppenkontingente gestellt, die nach Deutschland unterwegs sind, so z. B. mehrere Kürassier-Schwadronen.

Ein böser Tag

Abrechnung im Reichstag

Die Deutschnationalen erlebten gestern im Reichstage einen bitterbösen Tag. Eine so schwere moralische und politische Niederlage, wie sie ihnen bei der Erörterung über die Genehmigung der Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger beigebracht wurde, haben sie seit langer Zeit nicht erlebt. Endlich war es gelungen, den Antrag, wenn auch an letzter Stelle, auf die Tagesordnung der Sitzung zu bringen. Die Abrechnung, die nun in den späten Abendstunden in verkürzter Form vorgenommen werden mußte, büßte dadurch aber nichts von ihrer vernichtenden Wirkung ein.

Mit dem Reinfall des Berichterstatters, des volksparteilichen Professors Kahl, begann die Erörterung, mit dem fluchtartigen Verlassen Helfferichs, den seine Freunde in ihrer Not telephonisch vom Krankentische seiner Frau herbeigeholt hatten, endete sie. Dazwischen gab es vernichtende Hiebe, ausgeteilt von den engeren Freunden Erzbergers, dem Rechtssozialisten Keil und vor allem durch eine glänzende Rede des Genossen Breitscheid. Ueberzeugend legte er die grundsätzliche Stellung der Unabhängigen Partei zur Immunität dar, die auch in diesem Falle die Zustimmung zu ihrer Aufhebung nicht zulasse. Es handelte sich ganz einwandfrei um einen politischen Feldzug gegen Erzberger, den zu fördern man keine Veranlassung habe. Diesen Standpunkt vertrat auch, im Gegenfalle zu seiner Partei, der demokratische Abg. Brodau, und selbst der Zentrumsabg. Andree meinte, man müsse ernsthaft prüfen, ob man einen Abgeordneten einem solchen Richterstand ausliefern könne, wie er durch den deutschnationalen Abg. Graef verkörpert werde.

Verschiedentlich ergriff auch der Finanzminister Wirth das Wort. Er mahnte zur Sachlichkeit und traf das Problem auf den Kopf mit dem Hinweis, daß, wenn einmal mit Erörterungen über die Steuerangelegenheiten politischer Persönlichkeiten begonnen werde, dann noch eine ganze Reihe anderer politischer Persönlichkeiten in den Erörterungen eine Rolle spielen würde. Er lieferte damit die unfreiwillige Befestigung des von Breitscheid deutlich hervorgehobenen Gedankens, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Politik nie von Geschäft zu trennen sei.

Das erklärte auch die übergroße Zurückhaltung, mit der alle bürgerlichen Parteien den Verhandlungen folgten. Wer wird der Nächste sein? Diese bange Frage schien ihrer aller Gemüt schwer zu bedrücken.

Vorher hatte das Haus, nachdem der Genosse Dismann eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Rednern gehalten hatte, die Anträge zur Arbeitslosenfrage dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Bei der Abstimmung über die Anträge zum Belagerungsstand ergibt sich eine geschlossene Front der bürgerlichen Parteien. Wegen der Aufhebung des Belagerungsstandes über die Provinz Sachsen stimmen aber auch die Rechtssozialisten. Die Anträge zu den Ausnahmegerichten werden fast einstimmig dem Rechtsausschuss überwiesen, jedoch stimmen die Rechtssozialisten auch hier mit den Bürgerlichen gegen den Antrag, der Schutzbestimmungen für die Jugendlichen vorsteht. Wo es ernst wird mit dem Kampf gegen Ausnahmezustand und Ausnahmegerichte, da versagen diese „Arbeitervertreter“ stets!

Beamtenwünsche

Die Reichsregierung in der Klemme

Im Haushaltsausschuss des Reichstages kamen gestern nach schneller Erledigung einiger Nachtragsetats für 1920 (Reichspost- und Reichsverkehrsministerium) einige Forderungen von Beamten zur Sprache. Zunächst die Forderung, die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit erhöht in Anrechnung zu bringen. Es handelte sich bei dieser Forderung offensichtlich um eine nicht gerade sehr große Beamtenzahl, dafür spricht schon die verhältnismäßig geringe Höhe der Summe, die nach Angabe der Reichsregierung für die Erfüllung der Forderung in Betracht kommen soll, nämlich 4 Millionen Mark. Schon in der Rationalisierungs-Kommission ist die Forderung erörtert worden, sie wurde dort aber nicht gelöst. Eingehend beschäftigte sich dann der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages mit der Frage, wobei er zu dem Vorschlag kam, der Reichstag möge der Forderung nicht willfahren. Bevor der Reichstag jedoch endgültig entschied, wollte er die Forderung nochmals in einem Ausschuss (diesmal im Haushaltsausschuss) geprüft wissen. Die Regierung trat nachdrücklich für die Bewilligung der Forderung ein. Weshalb? Weil in Preußen die Forderung inzwischen gesetzlich anerkannt worden ist und nun die in Betracht kommenden Reichsbeamten ihre vorgelegten Behörden mit einem Rücktrittsgesuch nach dem anderen bombardieren, wodurch die Reichsverwaltung nach ihrer Darstellung in große Verlegenheit kommt. Auf die Mitglieder der Zentrumsfraktion hat dieser Umstand so überzeugend gewirkt, daß alle jene, die früher gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien die Forderung abgelehnt hatten, durch Abgeordnete ersetzt wurden, die ihr zustimmen. Umsonst wurde von sozialdemokratischer Seite gegen die Forderung, unter Hinweis auf die zahlreichen Arbeiter und Angestellten, denen bis jetzt die während der Kriegszeit geleistete Arbeit nicht in entsprechender Weise erhöht in Anrechnung gebracht wurde, protestiert. Die Forderung müsse unter allen Umständen bewilligt werden, beteuerten die Regierungsvorsteher, mit beiden Händen auf dem Herzen, und so stimmten sämtliche bürgerlichen Abgeordneten dafür, während die sozialistischen Parteien sie ablehnten.

Eine andere Forderung ging aus von den Zahlmeistern, die wegen Gehalts- und Pensionsfragen Beamte und nicht als Militäranwärter angesehen sein wollen. Der Reichsausschuss des Reichstages beriet eingehend über die Forderung und kam in einer Entschließung zu ihrer Anerkennung. Die Reichsregierung ließ erklären, nicht nur, daß aus juristischen Gründen der Forderung nicht entsprochen werden könne, sie stellte sogar in Aussicht, daß eben deshalb ein entgegengeleiteter Beschluß des Hauptausschusses nicht ausgeführt werden würde. Einem untergeordneten Vertreter des Reichswehrministeriums ließ es nicht ruhen, daß ein übergeordneter Vertreter der Gesamtregierung eine fallende Darstellung der Einrichtungen des Zahlmeisteramtes gegeben hatte. Dem Manne wird keine „Berichtigung“ wahrscheinlich leicht bekommen, eine Beschwörung über ihn wurde ihm bereits in der Sitzung des Hauptausschusses angeblüht. Das ist um so wahrscheinlicher, weil die Forderung der Zahlmeister schließlich einstimmig vom Ausschuss bewilligt wurde.

Krise in Braunschweig

Braunschweig, 4. Mai.

Im braunschweigischen Landtag erklärte heute der Landeswahlverband im Anschluß an die gestrige Ablehnung seines Antrages, Neuwahlen vorzunehmen, die gegenwärtige Landesversammlung sei am 16. Mai vorigen Jahres auf ein Jahr gewählt worden. Der Landeswahlverband lehne jeden Versuch, den Landtag nach dem 15. Mai tätig werden zu lassen, als ver-

Der obererschlesische Aufstand

Die Lage im Kampfgebiet

Der Auswärtige Ausschuss trat gestern vormittag zu einer Besprechung über die Lage in Oberschlesien zusammen. Der Reichsminister des Auswärtigen machte eingehende Mitteilungen, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Die Lage hat sich verschärft und ist außerordentlich ernst. Die Aufständischen haben das gesamte Industriegebiet, sowie die Kreise Pless, Rybnitz und den Ostteil des Kreises Kattowitz in ihrer Gewalt. Die deutschen Beamten sind zwar noch an Ort und Stelle, haben aber keinerlei Funktionen mehr; dergleichen sind sämtliche deutschen Direktoren von den Gruben und Werken vertrieben. Der Belagerungsstand ist seitens der Interalliierten Kommission auch auf die Kreise Gleiwitz Stadt und Land ausgebeht. Die Interalliierte Kommission, sowie die Kreisinspektoren gehen offen zu, daß es sich lediglich um einen polnischen Aufstand handelt.

Der Ausschuss hat in eine Erörterung dieser Mitteilungen ein. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Von zuständiger Stelle erfahren die V. P. K.:

Zu dem befürchteten Einmarsch polnischer Truppen nach Oberschlesien ist es bisher nicht gekommen. Doch ereigneten sich Zusammenstöße zwischen den Aufständischen und den interalliierten Truppen, so zwischen Hindenburg und Gleiwitz; doch fehlen darüber noch Einzelheiten. In den größeren Städten ist die Nacht allgemein ruhig verlaufen; die Lage ist aber nach wie vor sehr ernst, denn alle größeren Städte des Industriebezirks sind von Aufständischen umschlossen. Dies gilt besonders für Kattowitz, wo sie Bogenschütz halten. Die französischen Truppen haben den Marktplatz und das Theater festungsartig ausgebaut und versuchen, dadurch die Stadt zu sichern. Die Stadt Gleiwitz ist im allgemeinen ruhig. Doch ist der Vorort Richterodorf in Händen der Aufständischen, die sich als „polnisches Schützenregiment Gleiwitz“ bezeichnen und Passagierschiffe an die Bevölkerung ausgeben. Auch hier sind Schützengraben aufgeworfen. Die Bevölkerung wird nicht in die Stadt hinein, sondern nur herausgelassen. Kattowitz ist von polnischen Banden mit zahlreichen Maschinen-gewehren besetzt.

Eine polnische Darstellung

Von gutunterrichteter polnischer Seite geht der „Dena“ aus Opatow eine Darstellung der augenblicklichen Lage zu, wonach der Aufstand in Oberschlesien darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeiterschaft sich spontan erhoben habe. Auf Grund von Nachrichten, daß Polen lediglich die Kreise Pless und Rybnitz und einen Streifen östlich vom Kreise Kattowitz umschlossen erhalten habe, sei sie zu dem Beschluß gekommen, sich aus eigener Kraft der Entscheidung der Interalliierten Kommission zu widersetzen, und habe deshalb den Generalstreik in sämtlichen Gruben Oberschlesiens proklamiert. Nach derselben Darstellung habe die ober-schlesische Arbeiterschaft Korsantys veranlaßt, sich an die Spitze der ganzen Bewegung zu stellen und die Führung des weiteren Schicksals Oberschlesiens zu übernehmen. Es sei zu erwarten, daß Korsantys die Regierung Oberschlesiens proklamieren und sich selbst an deren Spitze stellen würde. Die Regierung der polnischen Republik jedoch habe mit dieser Aktion nichts gemein.

Korsantys abberufen

Paris, 4. Mai.

Die Agence Havas meldet aus Warschau, der Volksabstimmungs-Kommissar für Oberschlesien Korsantys, ist von seinem Posten zurückberufen worden, da er seine Befugnisse überschritten hat.

Die Stimmung in Warschau

Warschau, 4. Mai.

Die Vorgänge in Oberschlesien erzeugten hier Fieberstimmung. Die polnischen Blätter geben über die Einzelheiten des Aufstandes Einzelheiten heraus. In Maueranschlägen wird von polnischen Organisationen zum Kampf mit der Waffe aufgerufen, denn Oberschlesien müsse bis zur Oberpolnisch werden. Bei der gestrigen Verfassungsfeier kam es vor der englischen Gesandtschaft zu Kundgebungen gegen England. Die Regierungsorgane mahnen zwar zur Besonnenheit, aber angesichts der erregten Stimmung dürften diese formellen Mahnungen nichts nützen.

Das Verbot der Verbreitung der kommunistischen Landtagsreden stellt einen großen Verfassungsbruch dar, für den der Minister Dominicus verantwortlich zu machen ist. Mit derartigen rechtswidrigen Gespinnstweben schreit sich die neue pseudofürsorgliche Regierung die Gunst der Rechtsparteien erobern zu wollen. Sie treibt es dabei so schlimm wie die wilhelminischen Zensoren, die sich während des Krieges auch wiederholt das Recht anmaßten, die Verbreitung der Parlamentsreden der unabhängigen Abgeordneten zu verhindern. Herrn Dominicus wird deshalb ein heftiges Wortlein gesagt werden müssen.

Verbotene Abgeordnetenreden

Die Fraktion der KPD hat im preussischen Landtag folgende große Anfrage an die Regierung gerichtet:

Die Vereinten Kommunistische Partei, Bezirksleitung Halle-Merseburg, hatte die im preussischen Landtag bei der Debatte über die Märzvorgänge in Mitteldeutschland von kommunistischen Abgeordneten eingebrachten Anfragen und Anträge sowie die zu ihrer Begründung gehaltenen Reden wahrheitsgemäß in einem Flugblatt drucken und zur Verteilung bringen lassen. Der Polizeidirektor von Halle hatte auf vorherige Anfrage die Auskunft gegeben, daß dem Druck nichts entgegenstehe, da die Reichsverfassung ihn ausdrücklich führe. Trotzdem ist nachträglich ein Teil der Auflage des Flugblattes durch Beamte der Kriminalpolizei zu Halle beschlagnahmt und der Geschäftsführer der halleischen Genossenschaftsbuchdruckerei, Barnack, wie es heißt auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, wegen des Druckes verhaftet worden. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um das in Artikel 30 der Reichsverfassung gewährte Recht der Abgeordneten auf wahrheitsgemäße Veröffentlichung ihrer im Landtag gehaltenen Reden in die Zukunft sicherzustellen? Gebietet das Staatsministerium die bezeichneten Beamten und Behörden wegen der oben genannten Verfassungsverletzung zur Verantwortung zu ziehen? Wird das Staatsministerium die sofortige Entlassung und Schadloshaltung des zu Unrecht verhafteten Geschäftsführers vorantreiben?

Am Montag hielt der Ministerrat bis in die späte Nacht hinein eine Sitzung ab, in der die letzten Ereignisse in Oberschlesien und die durch sie geschaffene Lage besprochen wurden. Die Sitzung war geheim.

Die Haltung der Entente

London, 4. Mai. (Reuter.)

Offiziell wird verlautbart: Die Interalliierte Kommission für Oberschlesien, die allein für die Ordnung in Oberschlesien verantwortlich ist, wird nicht zögern, ihre Verpflichtungen bis zum Ende zu erfüllen. General Le Rond hat seinen Posten wieder erreicht. Obwohl der polnische Regierung keinerlei Verantwortung dafür auferlegt werden kann, hat die französische Regierung doch deren Aufmerksamkeit dahin gelenkt, welchen schlechten Eindruck die Unruhen in Oberschlesien in Paris und in London hervorrufen werden. Die französische Regierung zweifelt keinen Augenblick daran, daß die polnische Regierung alle Anstrengungen machen wird, um an der Wiederherstellung der Ordnung und an der Niederhaltung von Unruhen mitzuwirken.

Reuter, London, 4. Mai.

In britischen amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß der Aufstandsbezug in Oberschlesien eine sehr ernste Bedeutung beizumessen ist. Sie wird als eine entschlossene und systematische Anstrengung betrachtet, der Entscheidung des Obersten Rates durch gewaltsame Besitzergreifung der kritischen Gebiete zuvorzukommen.

Paris, 4. Mai.

Fürst Sapieha, der polnische Minister des Auswärtigen, hatte eine Havasmeldung aus London zufolge, gestern mit Graf Storza eine Unterredung und wird heute nachmittag von dem Ministerpräsidenten Beland empfangen werden. Die Besprechungen beziehen sich auf die ober-schlesische Frage.

Aus den vorliegenden Meldungen ergibt sich im großen und ganzen, daß der Aufstand in Oberschlesien von polnisch-nationalistischer Seite unternommen wurde, um unmittelbar vor der Entscheidung über Oberschlesien die Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Den Drahtziehern schwebte anscheinend eine polnische d'Annunziade vor, und Herr Korsantys war die Aufgabe zugeordnet, unter demagogischer Aufpöplung der polnischen Arbeiterschaft, die Leitung der Regierung in Oberschlesien zu übernehmen. Der Plan ist indessen gescheitert, da sich die Interalliierte Kommission mit aller Entschiedenheit gegen den Aufstand gewendet und mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen den Putsch niedergeschlagen hat. Gleichzeitig haben die Ententeregierungen der Warschauer Regierung deutlich ihre Mißbilligung ausgedrückt, was bereits zur Folge gehabt hat, daß Korsantys seines Postens als Volksabstimmungs-Kommissar entsetzt und abberufen worden ist. Von polnischer Seite wird nun auch verächtlich, daß die Warschauer Regierung mit der ganzen Aktion nichts zu tun hat, und es ist angefangen, die Haltung der Entente auch kaum anzunehmen, daß sie trotz der Agitation der Nationalisten im Lande es wagen würde, den ober-schlesischen Putsch auch nur irgendwie zu unterstützen.

In Anbetracht dieser Sachlage erscheint es wie ein Stück aus dem Tollhaus, wenn nun in deutschnationalen Kreisen gefordert wird, daß angesichts der Vorgänge in Oberschlesien die Reichswehr bereitgestellt werden soll. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Maßnahme, in Anbetracht des energischen Vorgehens der interalliierten Truppen, vollkommen überflüssig erscheint, würde das Einsetzen deutscher militärischer Kräfte, ohne spezielle Aufforderung der Alliierten, einen glatten Bruch des Friedensvertrages bedeuten. Wenn von deutschnationaler Seite auf dieses Ziel hingearbeitet wird, so ist das eine verheerliche Sabotage-Politik, die nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Gegenüber den Vorgängen in Oberschlesien nehmen wir denselben Standpunkt ein, den die sozialistischen Organisationen und die Gewerkschaften Oberschlesiens in ihren Kundgebungen zum Ausdruck gebracht haben. Wir protestieren entschieden gegen jeden Versuch, die ober-schlesischen Vorgänge für militärische Abenteuer auszunutzen, die angesichts der ernststen außenpolitischen Lage doppelt verhängnisvoll sein würden. Die deutschnationalen Heimkrieger in der „Stappe“ mögen gefälligst ihre Spielereien lassen und die Stammtischstrategen endlich aufhören, ihren Unsinn zu reden.

Moskau hat gesprochen

Moskau hat sich nunmehr gleichfalls mit der Broschüre Paul Levis „Unser Weg“ befaßt, dessen Brandmarke als Vertreter seitens des Zentralausschusses und seinen Ausschluß aus der K. A. P. D. gutgeheißen und damit die Sache für die ganze Welt erledigt. So wenigstens glaubt die Berliner „Rote Fahne“, die in einer vom 1. Mai datierten Depesche aus Moskau sich melden läßt, daß die Exekutive der kommunistischen Internationalen in einer Sitzung vom 27. April die Lage in Deutschland besprochen hat. Nach dem Bericht herrschte über die „berühmte“ Broschüre Paul Levis volle Einmütigkeit. „Paul Levi ist ein Verräter, das war die allgemeine Auffassung.“ Und Sinowjew stempelte den früheren Vorsitzenden der K. A. P. D. und Sekundanten in Halle obenrein zum Lügner, indem er die in dessen Broschüre ausgesprochene Behauptung, daß die Moskauer Exekutive oder ihre Vertreter die Märzaktion angeführt hätten, als „infame Lüge“ bezeichnete. Wer da läßt, ob Sinowjew oder Levi, wollen wir nicht untersuchen, aber das Anathema der Moskauer Exekutive und die Stempelung Levis zum Lügner bedeutet auch das Todesurteil für jene, die sich mit Paul Levis befreundeten, zum mindesten aber für Curt Geyer, der bekanntlich auf dem kommunistischen Parteitag in Düsseldorf über die Vertreter der Moskauer Exekutive und ihre Rolle in der K. A. P. D. das Gleiche gesagt, was Levi in seiner Broschüre niedergelegt hatte, und was Sinowjew zu dem Wort „infame Lüge“ veranlaßt hat.

Die „Reinigung“ der K. A. P. D. ist also noch keineswegs abgeschlossen, sondern wird jetzt nach der Sitzung der Moskauer Exekutive, was um so gründlicher erfolgen,

Bernichtende Niederlage der Deutschnationalen

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, den 4. Mai

Präsident Lohse eröffnet um 2 1/2 Uhr nachmittags die Sitzung und macht einige geschäftliche Mitteilungen. Es erfolgt dann die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen. Der Entwurf wird mit Mehrheit angenommen. Alsdann erfolgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzes betr. vorläufige Neuauflage des Ostklassen-Verzeichnisses. Hierzu wird vom Genossen Breunig im Namen der Unabhängigen Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

In dem vorliegenden Gesetzentwurf werden berechnete Forderungen der Beamten, die vielfach von Gemeinde- und Staatsverwaltungen anerkannt und unterstützt werden, unberücksichtigt gelassen. Dieses Gesetz ist deshalb keineswegs dazu angetan, Beruhigung in die Beamtenchaft zu bringen. Wir stellen fest, daß sich der Reichstag entgegen unserm Antrag bei dieser vorläufigen Regelung durch Annahme einer Entschädigung des 23. Ausschusses vom 11. März d. J. selbst ausgesprochen hat. Um das Zustandekommen dieses Gesetzes nicht zu gefährden, stimmen wir dem Gesetz zu und erwarten, daß die Bearbeiter für die endgültige Regelung alsbald in Angriff genommen und spätestens bis 1. Oktober d. J. durchgeführt wird.

Der Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. und 26. März 1921, der dann zur Abstimmung gelangt, wird durch Sammelstimmung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt, ebenso ein Zusatzantrag auf Beschränkung der Verordnung auf einzelne Bezirke.

Der von den Rechtssozialisten eingebrachte Antrag betr. Veränderung der Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 29. März 1921 wird dem Rechtsausschuß fast einstimmig überwiesen. Ein die Sonderbehandlung der jugendlichen betreffenden Punkt dieses Antrages, dessen besondere Abstimmung im Plenum vom Genossen Rosenfeld beantragt wird, wird von den Bürgerlichen und den Rechtssozialisten abgelehnt. Gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien erfolgt auch die Ablehnung des von Müller-Kranzen und Genossen eingebrachten Antrags auf Aufhebung der für den Bezirk des Wehrkreises I erlassenen Verordnung vom 23. Juli 1921.

Der Reichstag nimmt dann die Weiterberatung des Antrages zur

Behebung der Erwerbslosigkeit

vor. Als erster Redner spricht Hugo (D. Sp.). Er polemisiert eingehend gegen die Festschließung von Höchstpreisen, und fährt fort: Punkt 5 der Anträge fordert uns zu besonderem Widerspruch heraus. Dieser Punkt verlangt die Hingabe von Gewerkschaftsvertretern bei Vergebung von Aufträgen. Ein solches Verlangen müßte mindestens dahin ergänzt werden, daß auch Vertreter der Unternehmer-Organisationen hinzugezogen werden.

Abg. Czekelny (Dem.): Wir müssen den inneren Markt vergrößern und verklären. Ich kann mir dies nicht anders denken, als durch eine Steigerung auf dem Lande. Wenn es uns nicht gelingt, hunderttausende Erwerbslose auf das Land zu bringen, so können wir nicht zu einer Gesundung kommen.

Abg. Borch (Komm.): Das Land vergrößert sich täglich mehr. Wenn aus dieser Not heraus die Erwerbslosen Unüberleglichkeiten begehen, dann sind Sie (zur Rechten) die Ersten, die auf diese Reklamen Steine werfen und sie als Landverräter bezeichnen. Die Großindustrie wird aber durch diese Not der Massen nicht gehindert, die unglücklichsten Gewinne zusammenzuschütten. Diese haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Unternehmer oft nicht wissen, wohin sie diese verladen sollen. Es ist nicht so, wie der Abg. Hugo gesagt hat, daß der Industriebetrieb aufrechterhält, wenn die Möglichkeit für Profit besteht. Der Unternehmer verlangt heute ganz gewaltige Gewinne, und wenn ihm hierzu keine Möglichkeit gelassen wird, so legt er seinen Betrieb still.

Abg. Barth (Dnat.): Die Debatte hat gezeigt, daß viele Parteien an der Lösung des Arbeitslosenproblems zu arbeiten geneigt sind. In Sachsen, wo ich herkomme, ist die Arbeitslosigkeit besonders groß, so namentlich in Plauen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenquote wäre eine Ungerechtigkeit gegen einen großen Teil unserer Bevölkerung, so gegen die kleinen Rentner, die Invalidenrentner und die Kriegspensionärbezieher. Wir wollen aber mitwirken an einer produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Dismann (UEP):

Was die Bedeutsamkeit der Frage der Arbeitslosigkeit betrifft, wird von den Parteien nicht entsprechend gewürdigt. Paragraph 103 der Verfassung besagt, daß für jene, die keine Arbeit finden, entsprechend gesorgt werden soll. Man sollte annehmen, daß die Parteien sich bei diesem Paragraphen etwas gedacht haben. Leider glänzt die Regierung durch Abwesenheit. Ob sie bereits ihr Zeichenbegriffnis vorbereitet, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich muß erklären, daß es ihre Pflicht wäre, bei der Beratung eines Antrages zweier großer Parteien anwesend zu sein und sich über diese Anträge zu äußern. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Welche breite Schichten der Bevölkerung heute schon unter dem Schrecken der Arbeitslosigkeit leiden, zeigen die Ziffern, obwohl an die Familienangehörigen nichts gedacht wird. Was aber wird erst eintreten, wenn die Sanktionen zur Anwendung kommen, wenn weite und große Wirtschaftgebiete abgelehnt werden? Und was gedenkt die Regierung dann zu tun? Darüber sehen und hören wir nichts. Wenn im deutschen Reichstag eine Frage eigentlich mal gründlich erörtert werden müßte, dann ist es die Frage der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Für die Zukunft der deutschen Wirtschaft kommt zweifellos das Vertrauen des Auslandes in Frage, darin stimme ich dem Kollegen Hugo zu. Aber wer war es denn, der das Vertrauen des Auslandes zerstört hat und heute noch zerstört? Das sind doch Ihre Kreise, Herr Kollege Hugo. (Widerpruch des Abg. Hugo.) Soll ich erinnern an die Politik nach dem Kriege? Weiter wurde das Vertrauen des Auslandes zerstört durch die anmaßliche Politik. In den Wirtschaftsminister, den Wiederaufbauminister und den Finanzminister, die alle durch Abwesenheit plänen, richte ich die Aufforderung, endlich einmal ein wirtschaftliches Programm zu entwickeln. Was wir bis jetzt sehen, ist eine

Regierung der grenzenlosen Hilfslosigkeit.

Wir fordern nicht die goldliche Unterstützung der Arbeitslosen, sondern Arbeit und nur Arbeit. Nun hat der Abg. Barth sich der Not der kleinen Rentner angenommen, die in einer noch weit schlimmeren Lage sich befinden als die Arbeitslosen. Wenn der Kollege Barth die Unfall- und Invalidenrentner nennt, dann muß ich erklären, wenn wir für diese Rentner höhere Sätze nehmen, werden wir auf der Seite der Parteifreunde des Herrn Barth kein Entgegenkommen. Und wenn Herr Barth behauptet, alle Arbeitslosen ohne Unterschied heranzuziehen, dann spricht, alle Arbeitslosen ohne Unterschied heranzuziehen, so meine ich wohl nicht die Nichtsteuer mit gefunden Knochen aus feinen Kreisen.

Die Arbeitslosigkeit ist zweifellos zum großen Teil zurückzuführen auf den Krieg und auf die Folgen dieses Krieges. Und dieser Krieg war die Folge des kapitalistischen Systems, war die Folge ihrer (nach rechts) Politik. (Wohlfühler sehr richtig!) bei dem U. S. P. und Komm.) Dieses kapitalistische System ist die Ursache der fortgesetzten Vernichtungen zahlloser Existenzen. Man muß über das Riesendefizit der Post und Eisenbahnen gehen, das die Folge der Vernichtung der Post und Eisenbahnen ist, das die Folge der Vernichtung der Post und Eisenbahnen ist, das die Folge der Vernichtung der Post und Eisenbahnen ist.

Im Anfang dieses Jahres wurde bei einer Konferenz von Gewerkschaftsvertretern mit dem Reichspräsidenten Ebert bekannt, daß bis 10 Milliarden Mark Aufträge vergeben werden sollen.

Bei der Post fanden wir, daß die Milliarden zum weitaus größten Teil für den Etat 1921 bereits vergeben waren. Wir sind nun dabei, daß jetzt die Aufträge für die restlichen Milliarden vergeben werden. Wir wollen helfen, daß etwas geschieht. Aber das Eisenbahnministerium sagte uns, daß die Vergebung der Aufträge von internationalen Bedingungen abhängt. Nun höre ich aus den Worten des Kollegen Hugo, daß dieser hinter den Kulissen gearbeitet hat,

um die Abmachungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu durchkreuzen und die Aufträge in einer anderen als der vereinbarten Form, gemäß den Wünschen der Arbeitgeber zu vergeben. Ihnen, Herr Hugo, geht es nicht um die Interessen der Arbeitslosen, sondern um die Unternehmerinteressen. Und ich will Ihnen auch sagen, warum. Bei dem Submissionswesen, das Sie wünschen, werden gemäß den vorherigen Vereinbarungen der Unternehmer Offerten eingereicht, und der Profit wird dann verteilt. (Hört, hört!) Es ist ja auch vorzuziehen, daß die Industriellen die vom Reich geforderten billigen Rohstoffe verwendet haben zur Ausführung von Auslandsaufträgen. In dieses Kapitel fällt ferner das Rederei-Abkommen, über das bei späterer Gelegenheit noch zu sprechen sein wird. Gegen die von uns gestellten Anträge sind Einwände von verschiedenen Seiten erhoben worden, so von den Kommunisten Barz. Über seine Vorwürfe gegen uns sind durchaus nicht am Platze. Wir halten an unseren Forderungen vom August vorigen Jahres fest. Wenn wir uns die Forderungen des A. D. G. B. für unsern letzten Antrag zu eigen gemacht haben, so nur, um für die Arbeitslosen etwas zu erreichen, und auch Ihre (zu den Kommunisten) Organe haben geschrieben, daß sie unsere Forderungen für die Arbeitslosen unterstützen wollen. (Heftige Zurufe der Kommunisten.) Wenn es gilt, die revolutionäre Kampffront außerhalb dieses Hauses herzustellen, so bin ich der erste, der dazu bereit ist. (Zuruf des Abg. Maljahn-Kommunist.) Ja, wenn der Kampf einseitig geführt werden soll, so müssen Sie, Kollege Maljahn, künftig ein christliches Spiel treiben.

Herr Hugo hat darauf hingewiesen, daß man in England und Amerika die Löhne kürzt. Wenn erst die Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise in Deutschland darauf gekürzt sind, wie in England, (das Verhältnis ist 151 zu 100 vor dem Kriege), dann müssen auch wir hier in Deutschland über Lohnregulierung reden. Was wir gegenwärtig verlangen, ist

Arbeit für alle

nach einem bestimmten Plan. Dann wird die Produktivität gesteigert. Dadurch werden wir vorwärtskommen. Ihnen (nach rechts), ist es aber nicht darum zu tun, die Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen.

In Amsterdam, wo kürzlich die Arbeitervertreter aus Deutschland, England, Holland etc. beisammen waren, war man übereinstimmend der Auffassung, daß die Kapitalisten Frankreichs und Deutschlands, die Stimmten hier und dort, sich bereits geeinigt haben. (Hier erhebt sich eine detarrige Intruse bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß die weiteren Ausführungen des Redners unverständlich bleiben.)

Damit schließt die Aussprache. Die Anträge gehen an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Strafverfolgung des Abgeordneten Erzberger

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erstattet den Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung betr. Strafverfolgung des Abg. Erzberger (Zit.) wegen Einkommensteuer-Hinterziehung und Kapitalflucht. Da der Berichtstatter Dinge zur Sprache bringt, die im Geschäftsordnungsausschuß nicht erörtert worden waren, und der Präsident ihn auf Juris aus dem Hause darauf aufmerksam macht, bricht er seinen Bericht kurz ab.

Abg. Reil (S. P. D.): Der Berichtstatter hat Dinge vorgetragen, die im Geschäftsordnungsausschuß überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind. Die Angelegenheit Erzberger und der Antrag auf Strafverfolgung ist in der Tat verklärt worden. Aber diese Verleumdungspolitik und manches andere, was im Zusammenhang damit steht, ist nur ein Teil des Intrigenspiels, das die Feinde der Republik gespielt haben.

Reichsfinanzminister Wirth: Bezüglich der Reichssteuer im Falle Erzberger hat die Untersuchung nichts gegen Erzberger ergeben. Bezüglich der Kapitalverschlebung nach dem Auslande war die Sache schwieriger. Es sind zweifellos Gelder von Herrn Erzberger nach dem Auslande gebracht worden. Aber der Reichsaussenminister Simons hat mir unterm 3. Mai mitgeteilt, daß Erzberger im Auftrage des Auswärtigen Amtes Geldmittel nach dem Auslande gebracht hat und daß diese Gelder gemäß den Weisungen des Auswärtigen Amtes verwendet worden sind. Somit ist die Frage der Kapitalverschlebung nach dem Auslande für mich erledigt und ich habe keinen Antrag an den Staatsanwalt zu stellen.

Abg. Burtage (Zit.): Ich habe im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir gemäß dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses für die Aufhebung der Immunität des Abg. Erzberger sind und daß wir uns damit in voller Übereinstimmung mit dem Abg. Erzberger befinden.

Abg. Gräfe (Dn.): Die Motive der Verteidiger des Herrn Erzberger, so des Herrn Reil, kann ich durchaus verstehen. Eine politische Tat liegt bei Erzberger nicht vor. Auch für unsere Stellungnahme gegenüber Erzberger sind keine politischen Gründe maßgebend. (Stürmliches Gelächter links — Zuruf des Abg. Herr U. S. P.) Im Falle von dem Kerthoff haben Sie ganz anders geredet. — Sehr richtig links.) Ein Diebstahl der Steuerakt Erzbergers hat überhaupt nicht stattgefunden. Erwiesen ist nur, daß die Aktien acht Tage verschwendet waren. (Stürmliches Gelächter links und in der Mitte.)

Abg. Kahl (D. Sp.): Die Quellen unserer Feindschaft zu Erzberger liegen auf vaterländischem Gebiet, nicht auf dem der Steuererhebung. (Heiterkeit links.) Reichsfinanzminister Wirth: Der Abg. Gräfe kann von mir alle Missen erfahren, um die es sich bei der preussischen Steuererklärung des Herrn Erzberger handelt. Ob die Gelder, die Herr Erzberger vom Auswärtigen Amt empfangen hat, vollständig verausgabt sind, wofür sie verausgabt sind, kann an der Hand der Affidavits (beeideten Befundungen) der Banken festgestellt werden. Aus dem Schreiben des Reichsministers Simons geht klar hervor, daß Erzberger im Auftrage des Auswärtigen Amtes gehandelt hat, und daß er außerdem die Gelder gemäß den Weisungen des Auswärtigen Amtes verausgabt hat.

Abg. Breitscheid (UEP):

Meine Fraktion kann sich dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der Immunität nicht anschließen. Der Fall liegt zwar nicht so einfach, aber trotzdem ist meine Fraktion der Meinung, daß die Immunität das vornehmste Privileg des Parlaments ist und daß sie nur im allerdringendsten Fall, wenn der schwere Verdacht eines gemeinen Verbrechens vorliegt, aufgehoben werden darf. Ein solcher Fall ist nicht gegeben. Und auch der Wunsch des Abg. Erzberger kann uns nicht beirren, weil der Wunsch eines einzelnen Abgeordneten nicht maßgebend sein darf, und weil sich daraus weitgehende Konsequenzen ergeben können. Wenn der Abg. Erzberger in seinem Schreiben an den Geschäftsordnungsausschuß von einem öffentlichen Standpunkt spricht, so kann ich das nicht verstehen. Wenn man jetzt erklärt, daß dem Herrn Erzberger Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung gegeben werde, so haben wir keine Gewähr dafür, daß die deutschen Gerichte eine objektive Feststellung und Klärung des Falles Erzberger vorbringen werden. Gerade der Versuch Hefflerich-Erzberger hat dies ja gezeigt. Wir haben die Politik des Herrn Erzberger stets bekämpft, auch keine Steuerpolitik, die keine sozialistische war. (Zuruf des Abg. Richter (D. Sp.): Oh!) Ja, Herr Richter, dann beweisen Sie damit nur, daß Sie jede Politik für eine sozialistische halten, wenn Sie den Herren wählen müssen. Wenn Herr Kahl gesagt hat, daß vaterländische Interessen ihn und seine Partei zu ihrer Stellungnahme veranlassen,

so will ich hier erklären, daß die Kampagne geführt wird wegen der Friedensresolution vom Jahre 1917.

Wenn ein so hervorragender Jurist, wie Herr Graef, das Verschwinden der Steuerakt nicht als Diebstahl bezeichnen will, so überschätzt er die Rationalität des Reichstages. Herr Graef hat sich gehütet, Erzberger zu verleumben, er sprach nur von „Gezückten“ über die Summen, die in Erzbergers Taschen geflossen sind. Was würden Sie (nach rechts) aber sagen, wenn ich ebenso andeutungsweise und einschränkend von den Gerichten spreche, daß Herr Hefflerich sich die großen Honorare für seine Artikel in der argentinischen Presse auf Schweizer Banken anweisen läßt, ohne sie in Deutschland zu verschauern? Während aber von dem Gerücht über Erzberger bisher nur Herr Graef etwas wußte, hat das über Herrn Hefflerich bereits im „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ gestanden. Wir glauben, daß Erzberger schon durch den Ausschußbericht hinreichend reingewaschen ist und wünschen ihm nur, daß er ein Gericht findet, daß nicht nach der Art des Herrn Graef vorgekommen ist.

Abg. Andree (Zit.): Wenn das Landesfinanzamt die Fälle aller dieser Leute gründlich unteruchen würde, würden manche nicht mit weicher Wette da stehen. (Zurufe rechts: Sind das keine Verdächtigungen?) Ich erinnere nur an den Fall Kerthoff.

Finanzminister Dr. Wirth: Ich bin äußerst peinlich überrascht, daß die deutschnationalen Presse die angeblich von Falkenhahn gemachte Äußerung: Der Reich Erzberger muß vernichtet werden, weitergetragen hat. Der Minister verliert die Feststellung des Präsidenten des Finanzamtes, in der er diese Äußerung unbeding abstriftet.

Abg. Hefflerich (Dnat.): Ich war dringend verhindert, der Verhandlung beizumohnen. Ich komme vom Krankenlager meines Gattin. Niemand kann mir Vorschriften machen, auf welchem Wege ich mir das Honorar für meine Artikel auszahlen lassen soll.

Abg. Breitscheid (U. S.): Hätte ich gewußt, daß Hefflerich am Krankenbett ist, so hätte ich diesen Vorwurf nicht bedingt erhoben. (Zuruf Wirths.) Herr Wirth, wenn ich mit Ihnen reden würde, müßte ich noch viel deutlicher reden. Sie haben mich einen verwerflichen Ehrschmeider genannt. Wo ist Herr Graf gewesen, als Sie das sagten? Er ist es, auf den dieser Vorwurf zutrifft. Ich gehe nicht auf den und das Verdienst des Herrn Hefflerich ein. Im kapitalistischen Staate siegen Politik und Geschäfte so eng verknüpft, daß sie für die bürgerlichen Parteien schwer auseinanderhalten sind. (Zuruf: Kennen Sie Marx und Helphand?) Marx und Helphand lenne ich dem Namen nach ebenso gut wie Herr Hefflerich!

Abg. Andree (Zit.) schlägt den Hefflerich, der für den U-Booth Krieg eingetreten ist, mit dem Hefflerich, der Gegner des U-Booth Krieges war, tot. Er erklärt weiter, daß die argentinische Honorarfrage einen pikanten Beigeschmack hat.

Abg. Hefflerich (Dnat.): Ich habe, als ich in die Regierung eintrat, meine sämtlichen Aufschwundsposten niedergelegt. Das kann man aber von den Ministern des heutigen Regimes nicht sagen. (Zuruf Bedebour: Namen nennen! Das ist eine Beweisung.) Es entspricht sich nun ein lehrhaftes Wortgefecht.

Abg. Breitscheid (U. S.): Hefflerich behauptet sich über meine verlaufeneren Verdächtigungen, er selbst hat hier offen Verdächtigungen gegen einen Minister ausgesprochen; als er den Namen nennen sollte, hat er geflucht und den Saal verlassen.

Bei der Abstimmung wird gemäß dem Antrag der Geschäftsordnungskommission die Immunität des Abg. Erzberger aufgehoben. — Schluß der Sitzung 10 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.

Aus der Partei

Rechtssozialistischer Schwindel

Die rechtssozialistischen Organe, der „Vorwärts“ an der Spitze gefolgt, sind in der Rolle der bisher hauptsächlich von der „Katerkähne“ geleiteten Berichterstattung. Mochte dieses Organ aus jeder Veramlung, aus jeder Diskussion zwischen Kommunisten und Unabhängigen einen durchschlagenden kommunistischen Erfolg konstruieren, so selbst aus eskalanten Niederlagen ihrer Sache sowie munitische „Siege“, so ahmen der „Vorwärts“ und andere rechtssozialistische Blätter diese Weisheit jetzt nach und melden bald vor hier, bald von dort, daß unabhängige Organisationen geschlossen zu den Rechtssozialisten übergetreten wären. So hatte der „Vorwärts“ dieser Tage mitgeteilt, daß die ganze Ortsgruppe Wartenweid der U. S. P. sich den Rechtssozialisten angeschlossen hätte. Aber diese Meldung ist ebenso Schwindel, wie die von rechtssozialistischen Blättern verbreitete Nachricht, daß in Holzmindel (Braunschw.) und Golmsch (Braunschw.) das Gleiche geschehen sei. Auch hier war der Wunsch der Vater des Gedankens, aber unsere Genossen, die nicht rechtssozialistische Wünsche zu Nichts machen ihres Handelns machen, dachten gar nicht daran, in einer Partei überzutreten, die den sozialistischen Boden längst verlassen hat. Im übrigen muß es um eine Partei schlecht bestellt sein, die durch solche Schwindelnachrichten ihrem Anhang Erfolge bei Regierung und wachsenden rechtssozialistischen Ideen vorzugeweiht sucht.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 17 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Das Ende von Rud. Breitscheid; Richtlinien zur Unterbrechung der Schuldfrage von Richard Grollman; Provinzial-Autonomie von Bruno W.; Kader des Nazismus von Otto Jensen.

Auschnitten!

Druckfache
sind die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G2
Breite Straße 8-9

12 1/2
Meters

Keks-Mischung ..Pfund **6⁷⁵**

HERMANN

Amerikan. Heereskost 3⁵⁰
ca. 2 engl. PfundDose

Wurstwaren

- Rotwurst Pfund **11⁰⁰**
- Landleberwurst .. Pfund **12⁰⁰**
- Sülzwurst Pfund **14⁰⁰**
- Fleischwurst Pfund **19⁰⁰**
- Große Meßwurst .. Pfund **18⁵⁰**
- Hausm.-Leberwurst Pfund **19⁵⁰**
- Jagdwurst Pfund **17⁵⁰**
- Meßwurst Pfund **20⁵⁰**

Frische Fische

- Leb.Karpfen Pfund **12⁰⁰**
- Kabliau koplos, in ganzen Fischen Pfund **1⁸⁰**
- Bratschollen Pfund **1⁰⁰**
- Salzheringe große .. Stück **35^{Pl.}**

Leipziger Str. • Alexanderplatz

Frisches Fleisch

- Kalbskamm Pfund **8⁵⁰**
- Kalbskeulen Pfund **10⁰⁰**
- Schmorfleisch mit Knochen .. Pfund **12⁰⁰**
- Hammelfleisch .. Pfund **12⁵⁰**
- Hammelkeulen .. Pfund **14⁰⁰**
- Gehacktes Rindfleisch .. Pfund **11⁰⁰**

Gemüse, Obst

- Spargel Pfund von **3⁰⁰ an**
- Spinat Pfund **30^{Pl.}**
- Gurken Stück **6⁰⁰**
- Salat Kopf **80^{Pl.}**
- Radishes Bund **15^{Pl.}**
- Rhabarber Pfund **50^{Pl.}**
- Apfelsinen .. Stück von **65^{Pl.} an**
- Zitronen Stück **40^{Pl.}**

Kolonialwaren

- Weisse Bohnen.. Pfund **80^{Pl.}**
- Haferflocken..... Pfund **2²⁰**
- Tafelreis..... Pfund **2⁴⁰**
- Vollreis..... Pfund **3⁶⁰**
- Graupen..... Pfund **2⁸⁰**
- Kartoffelmehl Pfund **3⁰⁰**
- Backobst Pfund **4⁸⁰**
- Backpflaumen Pfund **4⁸⁰**

Käse

- Edamer Käse Pfund **19⁰⁰**
- Dän.Goudakäse Pfund **10⁰⁰**
- Tilsiter Käse..... Pfund **5⁷⁵**
- Harzer Käse Pfund **7⁶⁰**

Räucherwaren

- Schleibücklinge..... Pfund **5⁸⁰**
- Sprotten..... Pfund **6⁰⁰**
- Lachsheringe Stück **1⁴⁰**
- Flundern Pfund **4⁹⁰**
- Maljesheringe engl. Stück **2⁶⁵**
- Rollmöpse 4-Ur.-Dose **21⁰⁰**

Fette

- Margarine Pfund **7⁶⁰**
- Margarine allerfeinste, 1/2-Pfund-Paket **5³⁵**
- Butterfett Pfund **9⁶⁰**
- Kokosfett in Tafeln Pfund **9⁶⁰**
- Talg ungeschmolzen Pfund **7⁵⁰**

Gefrorene Kaninchen 4⁰⁰
ohne Kopf und Füße, Pfund

Corned beef 10⁹⁰
..Dose

Eingemachte Früchte

- Apfelmus..... 7⁹⁰
- Birnen 1/2 Frucht..... 10⁹⁰
- Kirschen sauer, mit Stein.... 10⁹⁰
- Pflaumen 1/2 Frucht..... 11⁷⁵
- Heidelbeeren 11⁷⁵
- Reineclauden..... 13⁹⁰
- Pfirsiche 17⁹⁰

Puddingpulver

- Schokoladenspeise Pak **2²⁵**
- Mandel-Rosin.-Pudd. Pak **1⁵⁰**
- Eierpudding..... Paket **1⁵⁰**
- Rote Grütze Paket **1⁰⁰**
- Cumberland-Pudd.Pak **1⁷⁵**
- Krachmandelpudd.Pak **1⁵⁰**
- Sultanpudding.... Paket **1¹⁰**
- Sossenspulver..... Paket **4⁵⁰**
- Haushaltpudding Man-del-Paket **85^{Pl.}**

Nur Alexanderplatz
Balkon - Pflanzen

Peinien-Pflanzen 30^{Pl.}
Peinien im Topf, sehr starke Pflanzen 3⁵⁰
Peinien 4⁵⁰
Peinien 5⁵⁰

Zornen mit Topfballen, extrastarke Pflanzen 80^{Pl.}
Hängenpflanzen „Gundermann“ Topf 3⁷⁵
Efeu im Topf, starke Pflanzen... 3⁵⁰

Leipziger Strasse III. Stock
Grosse Sportgerät- und Bekleidungs - Ausstellung

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Wallensteins Tod
7 Uhr: Republik Brassbands Hohelied
Neues Volkstheater
Königsplatz, Str. 66
7 Uhr: **Rose Bernd**

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr: **Verdugo auf Nagos**
Opernhaus
7 Uhr: **Der Kumpel**

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: **Pottsch u. Perlmutter**
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: **Mesalliance**
Großes Schauspielhaus
Schaubühne
7 1/2 Uhr: **Ein Sommerabenteuer** (Mayer Weinmann)

Theater I. d. Königgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr: **Das Kuppel**
Rugby
Komödienhaus:
Käthe-Wiechert-Bühne
7 1/2 Uhr: **Die Sache mit Lola** mit Max Volpert
Berliner Theater:
Käthe-Wiechert-Bühne
7 1/2 Uhr: **Das Kuppel**

Milliarden SOUPER
8 Uhr: **Der Kaiser, König Arthur Roberts, Miss Alice, Herr Riper, Paul Kasper**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: **Nur nicht drängeln**
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Schmiedungsreise**
Casino-Theater 7 1/2, 8
Bollrich & Sohn
Str. 3 1/2, Uhr: **Höllengarten**
Jolles Caprice 7 1/2, 8
am Oranienburger Tor
am **Waldbrand**
mit **Herrn Bräuer**

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Naturhistorische Neuzelt
im **Reich der Venus**
und weitere 10 Sensationen.

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr und zu halben Preisen Sonntags nachm. 5 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Sonnt. 11-12, und 4-6 Uhr.

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Witwenball

Zoolog. Garten
Täglich
Großes Konzert Aquarium
Geöffnet bis zur Dunkelheit.

Sommer-Theater Schweizergarten
Am Friedrichshain 20-32 Telefon: 891. 671
Direktion **Wilhelm Herrmann**

Im herrlichen Sommergarten
Donnerstag, d. 5. Mai 1921 (Himmelfahrt) und
Sonntag, den 8. Mai 1921

Auf vielfachen Wunsch! Nur diese 2 Aufführungen von
Heber'n großen Teich

Große Kostümenoperette von Volpert. Mit Frau Direktor Herrmann als Maria Brandt und Herrn Ernst Brungen als Heinz Lehmann.

Dazu das neue hervorrag. Spezialitäten-Programm.

Eintritt 2.- Mk. Refres. Platz 3.40 Mk.
Ruffendruckung 2 Uhr. Anfang der Vorstellung 4 Uhr.

Luna-Park Halensee

Wiedereröffnung nachmittags 2 Uhr Himmelfahrt

Aufsehenerregende neue Attraktionen

Kolonie Zeeien
wenige Minuten vom See, landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkehrte **Vandervellen** von 1600 Hektar an bei kleiner Wäldchen und glänzender Jagdabstimmung. Betriebskosten kostenlos.
W. Roschky,
Berlin C 54,
Königsplatz Str. 39
9-4. Teleph.: Roden 5002.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Arbeiter Ernst Liesko
Kantstr. 7, am 30. April. Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 7. Mai, nachm. 4 Uhr, im Krematorium, Friedrichstr., statt.
Der Nachbarnherren **Ernst Falkenberg**
Königsplatz 109, am 2. Mai. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Mai, nachm. 1/2 Uhr, im Krematorium, Friedrichstr., statt.
Eure ihrem Andenken! Siege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Unreines Blut
Zur Ausschaltung aller scharfen u. kranken Stoffe aus Blut u. Säften, gegen Blutvergiftung, Blutanoreg, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein **Blutreinigungspulver, Salarin**, seit 30 Jahren wirksam erprobt. Schachtel 4.-, Uebel 3.60 **11.50.** **Otto Reichel** Berlin 46 SO, Eisenbahnstraße 4

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin
Arbeitsnachweis: Tel: Amt Norden, 2188-90, 2185 u. 2198

Freitag, den 6. Mai 1921, abends 6 1/2 Uhr
in den **Müller-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31**

Filial-Verammlung

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Ordnungsbeschluss in Frankfurt a. M. und Beratung der Anträge.
2. Verschiedenes.
Der nächsten Tagesordnung wegen darf kein Kollege in der Versammlung fehlen! - Mitgliedsbuch Lichtfertig.
Die Ortsverwaltung.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN-DAMEN-
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Paletots, Ujater, Rüsche, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.
M. Beiser, Lothringer Straße 67.

Pelz-Aufbewahrung
einschließlich Pflege und Versicherung
Vollständige Gewähr gegen
Motten-schaden
kostenlose Abholung
Maassen
Oranienstr. 165 Leipzigerstr. 42

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellst hiermit vom
1 Exemplar der **Zeitung**
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
unabhängigen Unterhaltungsbeilage **„Freie Welt“**
zum Preise von **Mk. 10.- monatl., Mk. 5.- halbjährl.**
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Platz: _____
Stempel: _____
(Namen deutlich schreiben, Adressen ausfüllen: vom, Post, Zeitl., Dazugeh.)

Diesem Belegchen bitten wir an die Hauptverteilung, Berlin C 2,
Breite Straße 8-9, einzufenden.
Der Verlag.

METROPOL
Kasseler-Kabarett
Georgenstraße 34.
p. 7 1/2 Uhr:
12 Mai-Attraktionen

Trauringe
einem billigen Cabaret 900 gekoppelt, 14 Karat 685 gekoppelt, 8 Karat 333 gek. von 30.- an.
Süßes Cabaret i. Feingehalt in jeder Gattung vorzüglich am Lager.
S. d. h. Berlin C. 2, Andree-Str. 44, via 4-via Janhof.
Himmelscher Alter 12653.

Cognac, beste, französische
Cognac, **Jamaika Vint,**
Viktor, gerant. u. Zucker her-
gestellt, **Portwein, Malaga,**
Sardane u. Rheinwein.
Süß und billige Vergnügung
für Colee und Rekonvaleszenz
Bernhard Brauer,
Weingroßhandlung,
Berlin C. 2, Friedrichstr. 207,
Filiale: Amalstraße, 111,
Post-Nutzen 340.

Spreewälder
Speise-Feindl-Röhle
Die berühmte Feindl-Röhle
ist ein köstliches Speise, Weiss
und Müßli. Beim Verzehr
heißt **Angst 10%, Nebel!**

„Krone und Zettel“
das gewaltige Wagnerschauspiel, mit dem der **Zirkus Busch** seine Sommerzeit am Donnerstag, den 5. Mai, 3 Uhr nachm. und 7 1/2 Uhr abends, beginnt, hat bereits im Hamburger Zirkus Busch seine Feuertaufe bestanden. 10000 Besucher in 30 Spielungen ist ein Erfolg für Hamburg, der ein **Täglich ausverkauft** bedingt
„Krone und Zettel“ wird der Sommerlager Berlins werden
Vorp.: **Emil Thewerk, K. Weidman u. Zirkus-Busch.**
Heute, Donnerstag, 3 Uhr nachm., 7 1/2 Uhr abds.:
Zirkus-Busch-Eröffnung

Achtung Amputierte!
Wir fordern die leistungsfähigsten Brotbeiden
an im Wirtschaftskampf bekämpfen zu können.
Verdienst - nicht Almosen!
Zur Verhütung der wirtschaftlichen Notlage dient
die Vortragsfolge der W. V. K. über Kunstglieder.

Eintritt frei!

1. Vortrag: Sonntag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr,
im **Lehrer-Vertrauenshaus** (großer Saal),
Alexanderplatz:
a) Einleitungsvortrag über Kunstglieder und
Ermittlung der Bedürfnisse;
b) Die **Marken-Verträge** und der **Marken-**
Gemeinschaft. (Vortrag über Verträge).
Kriegsbeschädigte erscheint in Massen!
Die maßgebenden Behörden sind eingeladen.
Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und -Hinter-
bliebener Deutschlands
Hauptgeschäftsstelle Berlin NW 6, Am Zirkus 12a.

Groß-Berlin

Himmelfahrt

Die gesamte bürgerliche Presse hat sich entrüstet, daß die Straßenbahner und ein großer Teil der Eisenbahner es gewagt haben den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Wenn diesmal der 1. Mai nicht auf einen Sonntag gefallen wäre, hätte es sicher auch wieder Wahregelungen geregnet, wie in der „guten alten Zeit“. Die Scharfmacher wittern Morgenluft. Niemand denkt aber daran, die Arbeiter zu entschädigen, die gezwungen sind Himmelfahrt zu feiern. Allen Stunden- und Tagelöhnern zieht man den Tag Arbeitsverlust von ihrem Lohn ab, obwohl sie gegen ihren Wunsch feiern müssen. Die Arbeitererschaft benutzt diesen Zwangsfeiertag seit langem dazu, aufs Land zu gehen und ihre dortigen Klassenkassen anzuknüpfen und für den Sozialismus zu gewinnen. Schwer ist diese Tätigkeit noch immer, aber sie steht in keinem Vergleich zu der Mühe, die früher dazu nötig war. Das Landproletariat ist erwacht. Nicht wenig dazu hat der Krieg beigetragen. Die Landarbeiterorganisation hat heute schon einen großen Umfang. Viel Arbeit ist gewiß noch zu leisten, aber sie wird vollbracht werden, weil es für die Industriearbeiter eine Selbstverständlichkeit ist, daß am Befreiungskampfe des Proletariats die Landarbeiter teilnehmen müssen. Doch haben die bürgerlichen Parteien einen gewissen Einfluß auf die Landarbeiter. Ihnen stehen genügend Mittel zur Verfügung, ihre Presse muß dazu herhalten, den Arbeitern die Wahrheit zu verschweigen und sie einzulassen. Nicht selten wird die Hungerpein über diejenigen geschwungen, die es wagen, wider den Stachel zu löten. Aber die Bewegung der Landarbeiter im letzten Jahr zeigt auch, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich fernerhin geduldsig ausbeuten zu lassen. Unsere Aufgabe muß es sein, den vorgeschrittenen Teil der Landarbeiter zu helfen, die Klassenkassen zu bemühnten Klassenkämpfen zu erziehen. Feiert in diesem Sinne Himmelfahrt!

Der Städtebaudirektor für Groß-Berlin

Der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist jetzt die Vorlage des Magistrats über die Schaffung der Stelle eines Direktors für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen zugegangen. Um eine wirklich hervorragende Persönlichkeit zu gewinnen, soll entsprechend dem Vorschlag der Siedlungsdeputation die Stelle öffentlich ausgeschrieben und die Festsetzung des Gehalts der Vereinbarung vorbehalten werden. Der Städtebaudirektor soll vorläufig auf Privatdienstvertrag für 6 Jahre mit der Aussicht auf lebenslängliche Anstellung bei Bewährung verpflichtet werden. Aus der Begründung der Vorlage seien folgende Stellen hervorgehoben:

Die Durchführung der Aufgaben der Stadtgemeinde auf dem Gebiete des Städtebaus, des Siedlungs- und Wohnungswesens läßt sich nur ermöglichen, wenn sämtliche Zweige in einer Zentrale vereinigt sind und einer einheitlichen, geistigen und technischen Führung unterstehen. Durch die Bildung der Zentraldeputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen ist bereits ein Organ geschaffen, welches die Einzelgebiete verwaltungsmäßig zusammenfaßt. Es werden bei der Deputation unmittelbar die Baupläne und in drei Ausschüssen das Siedlungs- und Kleingartenwesen, das Wohnungswesen sowie das Park- und Friedhofswesen bearbeitet. Es ist jedoch noch erforderlich, daß einerseits ein innigeres Zusammenarbeiten der einzelnen Verwaltungsabteilungen, als es bisher der Fall ist, erreicht wird und andererseits bei der künftigen städtebaulichen Gestaltung der gegen die alte Stadtgemeinde Berlin um ein vielfaches gemachten neuen Einheitsgemeinde eine vollständige Neuordnung einzutreten muß. Die Behabung der Wohnungsnot soll hierbei die vornehmste Aufgabe sein; eine wesentliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird sich daraus ergeben.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß eine geistige Leitung vorhanden sein, die von der hohen Warte eines Städtebauers aus die Gestaltung der Wohnverhältnisse und des Stadtbildes anstrebt. Der Magistrat hält es daher für notwendig, daß dem Magistratsbezirke ein auf dem Gebiete des Städtebaus und Siedlungs- und Wohnungswesens hervorragender Kraft als Generaldezentur zur Seite gestellt wird. Dieser Dezentur soll der Leiter der gesamten Einzeldezenturen in technischer und künstlerischer Hinsicht werden. Er soll im räumlichen Organismus der Stadt städtebaulich das nennende, was die Schaffung der Einheitsgemeinde politisch gebracht hat, nämlich die Zusammenfassung der einzelnen Teile der Riesstadt, und als letztes

Ziel auf die Schaffung einer gesunden und schönen Stadt durch Ausbau und Sanierung hinarbeiten.

Verwaltungstechnisch soll dieser Dezentur, der die Amtsbezeichnung „Städtebaudirektor“ führen soll, Leiter des der Deputation unmittelbar unterstehenden, neuzubildenden Zentralamtes für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen sowie stimmungsberechtigtes Mitglied der Deputation und des Ausschusses für das Siedlungs- und Kleingartenwesen sein. Auch soll ihm das Recht zustehen, in den beiden Ausschüssen für das Wohnungswesen und das Park- und Friedhofswesen jederzeit gehört zu werden.

Zweiter Güte

Man kann ja auch einmal 2. Klasse in der Stadtbahn fahren. Also tat ich es. Auf Station Weichenster stieg die Dame mit der wirklich niedlichen Koffy ein. Koffy war recht ungezogen, sie flirrte gleich auf den mit Papierstoff gepolsterten Sitz und ließ hin und her. Die Dame lächelte ob dieser „entzückenden“ Kuppigkeit. Koffy wurde deswegen mit Kuchen und Schokolade gefüttert. Die Hälfte der schönen Sachen fiel auf den Fußboden und wurde zertrümmert. Auch darüber freute sich die Dame. Am Bahnhof Gesundbrunnen stieg ein Fahrgast aus, das war nach der Ansicht der Dame ein ganz ungehobelter, frecher Patron, denn als er ausstieg sagte er: „Millionen von Kindern haben nicht genügend trockenes Brot zu essen und Sie verschlucken hier Kuchen und Schokolade mit so einer Tiergartenmischung von Hundetüte“, denn Koffy war ein tauwäziger Köter! Jetzt sagte die Dame nicht mehr, dafür schimpfte sie aber und die Fahrgäste stimmten ihr bei, denn mit seinem Gelde könne ja jeder machen, was er wolle. Und übrigens brauche sich niemand Kinder zuzulegen, wenn er sie nicht ernähren könne. — Ich fahre bald wieder Stadtbahn 2. Klasse. Man trifft dort wohl immer so vernünftige und angenehme Zeitgenossen.

Die Ablehnung der amerikanischen Milchmühe

Von den freiwilligen Spenden der amerikanischen Farmer waren der Stadt Berlin 90 Milchmühe zugewiesen worden. Der Berliner Magistrat hat die Annahme dieser Schenkung abgelehnt aus zwei Gründen, die er in einer Mitteilung an die Presse bekannt gibt. Einmal behauptet er, daß die Kosten für den Transport zu erheblich wären, als daß sich die Abnahme der Mühe lohnte, zum anderen soll die diesjährige Veterinärpolizei verlangt haben, daß die Milchmühe während des sogenannten Terasfieders nicht auf den Stadtbahnhöfen außerhalb der Stadt untergebracht werden, sondern im Innern der Stadtgemeinde, in einem Stall, der sich dazu besonders eignet, aufgestellt werden sollen, damit jede Ansteckungsgefahr beseitigt ist. Diese Hauptbedingung soll angeblich nicht zu erfüllen sein.

Man gewinnt aus diesen Äußerungen des Magistrats den Eindruck, als ob man sich recht wenig Mühe gäbe, die Hindernisse zu überwinden und eine, wenn auch geringe, so doch zu begrüßende Erleichterung in der Ernährung zu schaffen. Zum mindesten dürften bei der Annahme einer solchen Spende finanzielle Gründe nicht entscheidend sein. Man ist ja sonst so weitherzig in der Verwendung öffentlicher Mittel, wenn es sich um Liebesgaben an die Agrarier handelt, warum also nicht, wenn es die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung betrifft? Ebenso kann die Art der Begründung der sanitären Schwierigkeiten nicht als ausreichend angesehen werden; wenn der Magistrat wirklich den ernstlichen Willen hat für bessere Ernährungsverhältnisse zu sorgen, dann wird es ihm auch möglich sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stadtverordnetenfraktion unserer Partei wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in einer Anfrage an den Magistrat eine bessere Begründung und Verantwortung seines Verhaltens fordern.

Städtische Volkskonzerte des Blüthner-Orchesters

Die großen Massen des Volkes können nur in ganz geringem Maße an den künstlerischen Genüssen teilnehmen, die das öffentliche Kunstleben Berlins bietet. Die Preise sind für die meisten unerschwinglich und die Veranstaltungen finden gewöhnlich auch abseits von den Proletariatsvierteln statt, so daß die Fahrt mit der Elektrischen hin und zurück allein schon eine starke Belastung des Geldbeutels bildet. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß in den Sommermonaten Volkskonzerte stattfinden, die auf den Massenbesuch der Arbeitererschaft berechnet sind. Mit Unterstützung der Stadt Berlin gibt das Blüthner-Orchester 12 Konzerte im Mai, die sich sowohl durch ein ausgezeichnetes Programm wie auch durch die bekannten guten Leistungen des Orchesters selbst empfehlen und die unter der Leitung eines hervorragenden Dirigenten stattfinden. Auf die Konzerte ist bereits im Feuilleton unter den Tagesnotizen hingewiesen worden. Da vielleicht unsere Leser das nicht beachtet haben, machen wir auch an dieser Stelle darauf aufmerksam. Die Konzerte finden am 6., 13., 20., 27. Mai in der Brauerei König-

radt; am 11., 18., 25. Mai in den Germania-Sälen; am 17., 23. und 31. Mai im Blüthner-Saal statt. Für den Besuch ist ein Eintrittspreis von 1,50 M. geschaffen worden. Die Karten sind in der Buchhandlung „Freiheit“, am Engelkufer 15 und an der Abendkasse zu haben.

Nachdem unsere Vertreter lange dafür gekämpft haben, bis sich die Stadt zur Unterstützung der Konzerte entschlossen hat, haben nun die Massen zu zeigen, daß die Konzerte einem Bedürfnis entsprechen und auch im nächsten Jahr wieder stattfinden müssen. Die Konzerte werden noch einzeln in gewohnter Weise in den Tagesnotizen des Feuilletons angezeigt werden.

Wozu die Polizei Zeit hat

Ein Kriegsinvalide, dem beide Beine fehlen, der am Dienstag vormittag die Friedrichstraße überqueren wollte, erlitt von einem Passanten ein Geldbespiel. Ein Beamter der Schupo, der dies beobachtete, wollte von dem Verletzten wissen, wieviel dieser erhalten habe. Dieser lehnte es ab, Auskunft zu geben. Dasselbe, das seine Variet nahm, wurde nunmehr von dem Beamten in seinem Zorn angefahren und schließlich ein Mann verhaftet und festgesetzt.

Die nächste Nummer der „Freiheit“ erscheint Freitag früh und wird unseren Abonnenten zur gewohnten Zeit zugestellt.

12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Lichterfelde, Rantow, Süde). Vollversammlung der Kommunalen Kommission am Freitag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, im Rathaus, Steglitz. Sämtliche Mitglieder der K. K., die Bezirksverordneten, die geschäftsführenden Ausschüsse der vier Orte, sowie die Delegierten der Elternbeiräte, müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

13. Verwaltungsbereich. In einer außerordentlichen Sitzung hatte sich die Bezirksversammlung mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Unsere Fraktion hatte gegen die Wahl der Bürgerdeputierten zum Schulausschuss Einspruch erhoben. Das Bezirksamt hatte unserem Einspruch stattgegeben, so daß eine Neuwahl erfolgen muß. Den Bürgerlichen gingen diese Dinge gegen den Strich und glaudten, durch lange verschwommene Debatten das Recht auf ihre Seite zu ziehen. Von unserem Redner, Genossen R e u m a n n, wurde ihnen recht deutlich gesagt, daß wir nicht zugeben werden, daß sie hier einen offenen Rechtsbruch begehen wollen. Unserem Antrag, auf die nächste Tagesordnung bezogen werden, wurde dem Schulausschuss zu sehen, wurde zugestimmt. Bei der Beratung des letzten Punktes kam es zu recht interessanten Enthüllungen. Auf der Tagesordnung stand die Pensionierung des ehemaligen Polizeikommissars Beder. Unter Antrag, diesen Punkt in der Öffentlichkeit zu behandeln, wurde angenommen. Wenn heute Beamte im besten Mannesalter in den Ruhestand versetzt werden müssen, so ist es letzten Endes auch die Schuld der Herren der bürgerlichen Richtung. Weil Herr Beder am 13. März 1920 nicht als williges Werkzeug der Rapp und Wittich gebräuchlich war, wurde alles Mögliche und Unmögliche gegen ihn ins Feld geführt. Wenn die Arbeiterschaft des 19. Verwaltungsbereichs auch keine Urteile hat, für Herrn Beder eine Rente zu zahlen, so muß doch mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß es nur im Interesse der Allgemeinheit liegen kann, wenn die Beamten im besten Mannesalter ihre Pflicht tun. Die Beamtenkommission wird sich mit diesen Dingen noch beschäftigen müssen.

Die Gewerkschaftsfrage hat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf den Himmelfahrtstag und den Pfingstmontag auf die an diesen Tagen fälligen Kontrollstempel verzichtet wird. Müller und Galtwitzgehilfen haben jedoch ihrer Kontrollpflicht nachzukommen.

Wohnungsamt Groß-Berlin. Am 3. Mai traten die von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Sachverständigen, die Vorsitzenden der Groß-Berliner Mietvereinigungen und der Ausschuss für das Wohnungswesen zusammen, um auf Antrag der Hausbesitzer über die Abänderung des durch Beschluß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 21. Juli 1920 festgesetzten Miethöchstzuschlages, gemäß § 4 Abs. 7 Höchstmietverordnungsverordnung zu beraten. Es wurde beschlossen, unter den jetzigen rechtlichen Verhältnissen einer Erhöhung des Zuschlages nicht zuzustimmen. Der Wohlfahrtsminister wurde ersucht, durch eine Verordnung die Ausfertigung des § 10 der Höchstmietverordnungsverordnung (Zuschlagsnahme der Mieter für die Verteuerung der öffentlich-rechtlichen Kälten sowie für größere Reparaturen) zu erreichen. Nur unter dieser Bedingung erklärte sich der Ausschuss bereit, eine anderweitige Regelung des Höchstzuschlages dem Magistrat der Stadt Berlin zu empfehlen. Bei Ablehnung einer solchen Verordnung durch den Minister soll alles beim alten bleiben.

Die bisherige Geschäftsräume-Abteilung des Wohnungsamts der Stadt Berlin, Neue Friedrichstraße 80, wird am 7. Mai ausgemietet. Alle Angelegenheiten für gewerbliche Betriebe, z. B. Genehmigung von Mietverträgen, Anmeldung freier Räume usw., werden vom 15. Mai ab nicht mehr durch das Hauptwohnungsamt, Neue Friedrichstraße 80, sondern nur durch die einzelnen Wohnungsämter, in dessen Bereich das betreffende Geschäftsfeld liegt, erledigt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript überliefert von Germania zur Freiheit

Copyright by Der Verlag Berlin-Verlag 1921

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

57.

Peter begab sich ins American-House, und erhielt von Mc Givney eine Arbeit, die zu seiner Stimmung prächtig paßte. Die Zeit zum Handeln sei gekommen, sagte der Rattengesichtige. Das Exekutiv-Komitee der J. W. W. P. hatte an die Hauptorganisation einen Aufruf um Hilfe erlassen; am Abend solle das Exekutiv-Komitee zusammenkommen. Peter müsse sich mit Grady, dem Sekretär, in Verbindung setzen, herausfinden, wo die Versammlung sein solle, vorschlagen, daß alle Mitglieder und auch die anderen Roten zugelassen würden. Die Geschäftsleute der Stadt planten für diesen Abend eine große Sache, die jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Vereinigung hätten einen geheimen Plan ausgearbeitet. Nun handle es sich darum, alle Roten an einem Ort zu versammeln.

Peter machte sich auf, traf auch wirklich Shawn Grady, den jungen Irländer, der die Mitgliedskarten und andere Papiere der Partei so gut verhehrt bewahrte, daß Peter sie trotz allen Bemühungen nicht zu finden vermocht hatte. Peter brachte die neuesten Nachrichten über Mac im Loch, und über Gus, den Matrosen, der Henderson ins Spital gefolgt war. Peters Empörung war so berechtigt, daß Grady ihm schließlich von der heutigen Versammlung sprach und ihm den Ort verriet. Peter schlug vor, man solle etliche ihm den Ort verraten. Peter schlug vor, man solle etliche ihm den Ort verraten. Peter schlug vor, man solle etliche ihm den Ort verraten.

Um sechs Uhr trug Peter seine Informationen zu Mc Givney. Hier erwartete ihn ein großer Schreden. „Sie müssen ebenfalls zu der Versammlung gehen“, gebot der Rattengesichtige. „Dürfen sich keinem Verdacht aussetzen.“

„Rein Gott!“ rief Peter. „Was wird denn dort geschehen?“

„Machen Sie sich keine Sorgen. Ich werde darauf achten, daß Ihnen nichts geschieht.“

Die Versammlung sollte in Ada Ruths Heim stattfinden; Peter beschrieb Mc Givney die Wohnung. Hinter dem Wohnzimmer befand sich ein Korridor, und in diesem Korridor stand ein großer Wäscheschrank. Beim ersten Alarm sollte sich Peter in den Schrank verziehen. Mc Givney werde in der Nähe sein, werde sich auf Peter stützen, vorgehen, ihn mit dem Knäuel zu schlagen, ihn jedoch tatsächlich vor dem Schicksal bewahren, daß der anderen harrt. Peters Knie zitterten, empört wies er den Vorschlag zurück. Was sollte aus ihm werden, falls Mc Givney etwas zustiehe, oder wenn Mc Givney nicht rechtzeitig anlangt? Mc Givney beruhigte ihn, Peter sei viel zu wertvoll, als daß man sein Leben riskieren wolle, er, Mc Givney, würde bestimmt da sein, Peter brauche bloß furchtbar zu schreien und ohnmächtig zu werden. Mc Givney, Hammet und Curc Cummings würden ihn forttragen, mit dem Automobil in Sicherheit schaffen.

Peter hatte eine berartige Angst, daß er nicht zu essen vermöchte, sondern ziellos die Straßen durchschlenderte, mit sich selbst sprechend, seinen Mut aufspeisend. Er mußte lange die amerikanischen Fahnen betrachten, die Abendausgabe der „Times“ lesen, bevor seine patriotische Blut von neuem aufblühte. Da er dem Hause des kleinen Krüppels, der pazifistische Gedichte schrieb, zustrebte, war ihm tatsächlich zu Mute, als sei er Soldat, ziehe in den Krieg.

Er fand Ada Ruth vor, sowie deren Mutter, eine verträgnere alte Dame, die nichts von den welterschütternden Bewegungen wußte, und deren Fieber ihres inspirierten Tochter keinerlei Eindruck machte, außerdem Was Rufine, eine mageres altjüngferliche Schullehrerin, Sekretärin des „Volks-Rates“, Miriam Janowski, Sadies Todd und Donald Gordon. Auf dem Weg war Peter zum Duoden

begegnet, und der traurige Dichter hatte ihm mitgeteilt, es habe über Macim Loch ein neues Gedicht verfaßt. Gleich darauf erschien Grady, die Taschen voller Papiere. Grady, ein hochgewachsener, dunkeläugiger, impulsiver Irländer, war, was die Sozialisten einen „Jimmie Higgins“ nannten, das heißt, ein Mensch, der alle Schwierige und langweilige Arbeit der Bewegung auf sich nahm, stets zur Stelle, immer bereit war, sich eine neue Verantwortlichkeit auf die Schultern zu laden. Grady hielt nichts von den Sozialisten, glaubte bloß an die industrielle Aktion, doch körte es ihn nicht, ein „Jimmie Higgins“ genannt zu werden, und er behauptete, auch Peter sei einer, was Peter mit einem Lächeln entgegennahm, denkend, ein „Jimmie Higgins“ sei wohl das Letzte auf der Welt, was er sein könnte. Peter hatte den Wad eingeklagen, der zur Unabhängigkeit und zur Wohlhabenheit führt. Es fiel ihm nicht ein, daß es bei den Weißen ebenso gut einen „Jimmie Higgins“ geben könne, wie bei den Roten.

Grady zog seine Papiere aus der Tasche, begann mit Donald Gordon die Tagesordnung zu besprechen. Er hatte von nationalen Hauptquartier der J. W. W. P. ein Telegramm erhalten, Hilfe versprechend, und sein mageres Gesicht leuchtete vor Stolz, da er es herumzeigte. Dann teilte er mit, Bud Connor werde zur Versammlung kommen — ein wohlbekannter Organisator, der mit Mc Cormick im Petroleumstand gewesen war und die Nachricht mitbrachte, die Arbeiter dort befänden sich am Vorabend eines gewaltigen Streiks. Während er noch sprach, kam Frau Jennings, eine arme, geknüttelte Frau, die elend an einem Krebsleiden das Hinsehen und deren Mann gegen sie die Scheidung eingeleitet hatte, weil sie den J. W. W. P. Geld gegeben. Mit ihr, stehend, erschien Andy Adams, ein riesenhafter Maschinist, der seinen Posten verloren hatte, weil er zu viel von direkter Aktion geredet. Er zog aus der Tasche eine Nummer des „Abend-Telegrams“, las den Leitartikel vor, in dem behauptet wurde, direkte Aktion sei gleichbedeutend mit Bombenwerfen, was natürlich erlogen war, und fragte, wie lange die Freunde von Gesetz und Ordnung in American-City noch zögern würden, ehe sie ihrerseits an die direkte Aktion schritten.

(Fortsetzung folgt.)

beweisen, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, das Problem zu lösen. Die Erwerbslosenfürsorge sollte durch die Gewerkschaften und die Arbeitsämter überwacht werden. Die Verelendung und Erwerbslosigkeit greift weit in den Mittelstand über. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sich der deutschnationale Pastor Koch darüber entäußert, daß die Stadt Berlin für jeden Obdachlosen 800 Mark zwecks Einleitung ausgemerzt hat.

Is das Christentum?

Mit der Arbeitslosenfrage hängt das Kinderelend aufs engste zusammen. Die Arbeitslosen sind nicht in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu nähren und zu kleiden. Die Berichte der Schulärzte über die Abnahme des Körpergewichtes der Kinder sind erschreckend. Fürchterliche Nachrichten über das Kinderelend kommen aus Thüringen, dem klassischen Lande der Heimarbeit. Der Präsident des thüringischen Ernährungsamtes erklärt, daß eine dauernde Schädigung der heranwachsenden Generation vorliegt. Die Kinder werden schon als schreckliche Geschöpfe geboren, die Mütter können die Kinder nicht stillen, und so kommt es, daß in Thüringen fast kein Arbeiterhaus ist, wo nicht ein der Tuberkulose oder Skrophulose Verdächtiger lebt. Wie ist es in Berlin? Das Wohnungselend ist empörend. Die allgemeine Ortsfrankenkasse gibt ja genug Beispiele. Die Redaktionsmitglieder des „Berliner Tagesblattes“ haben bekanntlich eine Wanderung durch Berliner Wohnungen angestellt und ihre Schilderungen sind erschütternd. Sie berichteten von einem Keller, der nur ein Fenster hatte, ohne Scheiben, wo eine Witwe mit 5 Kindern, nur ein Bett besaß. Die Mutter schlief auf dem Stuhl, Katten und Mäuse sprangen über den Tisch, der zugleich als Bett diente. Aus Oberkasseln wird gemeldet, daß die Kinder schon nach einer Woche Unterricht verlagen. Die gleichen Meldungen kommen aus Kassel, Hameln, Hannover und Erfurt. Von dort meldet man, daß

nur 1 Prozent der Kinder wirklich gesund

sind, während 9 Prozent an Unterernährung leiden. Daher kommt es, daß viele Kinder bei der Einschulung zurückgemessen werden müssen; in Solingen fünfmal soviel als vor dem Kriege.

Die Vertreter des Kapitalismus entrücken sich gerne über die steigende Kriminalität. Sie ist aber immer nur eine Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit. Täglich kommen Arbeiter zu mir, die erklären, wenn das nicht bald anders werde, dann gingen sie lieber ins Gefängnis, dort bekäme man wenigstens ein Stück Reichs- und Staatsregierung müssen große Mittel bereitstellen, um Arbeit zu schaffen, und die Gewerkschaften müssen bei dieser Hilfsaktion das Recht zur Kontrolle besitzen. Gewiß hat das Reich in erster Linie einzugreifen, aber die Staatsregierung hat die verdammt Pflicht, beim Reich darauf zu dringen, daß etwas getan wird. Kollege Brückner hat schon auf die Wiederaufnahme der Arbeiten am Bau der Berliner Nord-Südbahn hingewiesen (Berliner Hoch- und Untergrundbahn). Vor allem müssen

Arbeiterwohnungen und Wohnungen überhaupt gebaut

werden. In Berlin fehlen allein über 200 000 Wohnungen. Nicht die Privatbauwirtschaft ist zu steigern, sondern die Wohnungsnot muß vor allem auf dem Wege der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit beseitigt werden. Gegen den Baustoffmangel ist einzuschreiten. Es ist unerhört, daß die Zementfabrikanten gegen die Errichtung neuer Zementfabriken arbeiten, damit sie keine Konkurrenz bekommen. Die Regierung sieht diesen Dingen tatenlos zu, sie hat Wichtigeres zu tun, sie muß den politischen Verbrechern nachsehen. Die Kapitalisten, die sich über die Arbeitslosenfrage leicht hinwegsetzen, werden steigende Dividenden ein. Sie reden von den achttausend höheren Löhnen der Ziegeleiarbeiter, aber von den Preisen der Ziegeleifabriken schweigen sie.

Dann noch eine Frage: Die Ueberführung großstädtischer Arbeiter aufs Land. Ich bin lange schon beim Arbeitsnachweis tätig und kenne genau die Verhältnisse. Ein Hemmnis für die Ueberführung ist die Weltfremdheit zwischen Stadt- und Landarbeitern. Vor allem aber schreien die Lebensverhältnisse auf dem Lande ab. Die Wohnungsverhältnisse sind

einfach fürchterlich und die Agrarier bieten den Arbeitern Wohnräume an, die man eher als Schweinestall bezeichnen muß. Das bringen die Herrcn fertig, die fortwährend Thron, Altar und Christentum im Munde führen. Die überlebens Dinge habe ich hier in der Nähe von Berlin beobachtet. Das Landproletariat wird in Wohnungen zusammengepfercht, wo Schlafraum, Küche, Waschküche, kurzum alles in einem Raum beisammen war. Vis-à-vis stand das

Barthaus mit einer Fünfeckzimmerwohnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Weal (U. Soj.): Wo soll er denn seine Köchin unterbringen? Allgemeine Heiterkeit.) Für die Ueberführung Jugendlicher aufs Land zur Arbeit schlagen wir vor, daß aus den Kreisen der Gewerkschaften Landarbeiterförderer- und -fürsorgern mit den jungen Leuten (Knaben und Mädchen) aufs Land gehen, damit sie dort den nötigen geistigen und sittlichen Halt haben und nicht sich selbst überlassen bleiben. Wir sind gespannt, wie sich die Regierung unserem Vorschlag gegenüber verhält. Eigenartig berührt es, daß die Regierung bei der Erörterung einer so wichtigen Frage nicht vertreten ist. — Wir stimmen den sozialistischen und kommunistischen Anträgen zu. Wir wollen den Arbeitern etwas geben, deshalb haben wir unsere, von den Kommunisten lächerlich gemachten Anträge gestellt. Wir wissen, daß die kommunistischen Anträge abgelehnt werden, wollen aber, daß die Arbeiter nicht leer ausgehen. Das große Ziel bleibt bei alledem der Fortschritt des internationalen revolutionären Sozialismus, der allein das Elend der Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen kann — eine Aufgabe, vor der die kapitalistische Internationale verflucht hat. (Beifall b. d. U. Soj.)

Abg. Hartmann (Dem.): Die Eisenbahnbauten müssen fortgeführt werden. Auch mit Neubauten sind wir einverstanden, doch muß ihre Rentabilität gesichert sein. Die Anträge richten sich an die falsche Adresse, denn die Bahnen sind ja aufs Reich übergegangen. Die Erwerbslosenunterstützung muß erhöht werden. Die Erwerbslosen erwarten schnelle Taten.

Das Haus verläßt sich auf Freitag, 2 Uhr: Kleine Anträge, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Mittwoch nachmittag unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber eine öffentliche Sitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Nach Ansicht der Regierung ist der Uebergang zur völlig freien Wirtschaft unter den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen noch nicht möglich. Der Preis des vollkommen freien inländischen Brotgetreides würde sonst derart steigen, daß z. B. in Berlin das Brot von 5 Mark auf 12 Mark sich im Preise erhöhen würde. Die Regierung hat daher ein Umlagesystem vorgeschlagen und die Mehrheit der Länder hat zugestimmt. Von jeder Weichlagnahme soll grundsätzlich abgesehen werden. Der überwiegend größte Teil des Brotgetreidebedarfs soll innerhalb der bisherigen Nationen durch Umlage aufgebracht werden; für das Umlagegetreide wird ein bestimmter Preis festgesetzt. Die einzelnen Getreidearten sind dabei verzehrbare, der Landwirt kann Brotgetreide, Gerste oder Hafer liefern. Das verbleibende Getreide wird ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überlassen.

Staatssekretär Dr. Huber erklärte, daß die Reichsregierung sich vorbehaltlos dem Reichstag einen Entwurf zu unterbreiten, der die Haftung der Länder beibehalte. Der Vertreter Sachsens forderte Beibehaltung der Zwangswirtschaft und erklärte, gegen den Entwurf stimmen zu wollen. An den Ausschlußbeschlüssen sei für Sachsen besonders unerträglich der Fortfall der Garantie der Länder, die eine wesentliche Grundlage des Umlagesystems sei. Auch die Vertreter von Thüringen, Baden und Hessen erklärten sich gegen die Vorlage. Ein Antrag Sachsens, die Haftung der Länder wieder einzuführen, wurde abgelehnt und hierauf der Gesetzentwurf vom Plenum des Reichsrats mit Mehrheit angenommen.

Mit der Prägung von weiteren 50 Millionen Mark in Fünzigpfennigstücken aus Aluminium, erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Aus den Organisationen

2. D. H. Es wird dringend gebeten, die Zeitung, „Mittelwerts, Westfälische,“ sofort abzugeben, auch die restierenden Monatsbeiträge sind nachzusenden, da die bisherigen Marken eingezogen werden.
Reaktion. Billets zur Sabotage-Veranstaltung in der Neuen Welt, am Montag, sind noch in beträchtlicher Anzahl zu mäßigen Preisen beim Genossen Eichardt, Berliner Str. 21, 1. Et., zu haben.

Freitag, 6. Mai

1. D. H. (Wien.) 7 Uhr Vorabendversammlung im Gewerkschaftshaus, Sozialstr. 10.
2. D. H. Abends 7 Uhr bei Gallas, Bornimstr. 20, Vorabendversammlung.
3. D. H. Abends 7 Uhr Sitzung der Sejmabhangskommission bei Gallas, Bornimstr. 20.
4. D. H. 1. Mitteilung. 6 Uhr wichtige Flugblattverteilung bei Seidel, Caprinistr. 20, 2. Et. bei Koch. Jeder Genosse muß anwesend sein.
5. D. H. Abends 6-9 Uhr Steuerreform im Lokal des Cafe, Marienburger Straße 31, Journalisten, Lohnausgang und Papierhändler. Montag D. H. -konferenz im gleichen Lokal.
6. D. H. Abends 7 Uhr Generalversammlung, Schulstra. 10, Tunderstr. 6. Tagesordnung: Bericht und Rechnung des Vorstandes. Bezirksführer sind dazu eingeladen.
7. D. H. Abends 7 Uhr Vorabendversammlung, Schulstra. 10, Tunderstr. 6. Tagesordnung: Bericht und Rechnung des Vorstandes. Bezirksführer sind dazu eingeladen.
8. D. H. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Kellner, Gohlisstr. 31. Da sehr wichtige Arbeit vorliegt, müssen alle Genossinnen erscheinen.
9. D. H. Abends 7 1/2 Uhr Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Kellner, Gohlisstr. 31. Da sehr wichtige Arbeit vorliegt, müssen alle Genossinnen erscheinen.
10. D. H. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission, Stadtdirektorat, Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten im Rathaus, Zimmer 1.

Bereinskalendar

Freitag, 6. Mai

- Zentralverband der Angestellten, Vielumlauf- und Papierausstattung. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in haverlands Hof, Neue Friedrichstr. 38. — Kundensitzung, Mitgliederversammlung nachm. 4 Uhr in den Anteros-Hallen, Rudowstr. 21. — Kohlen, Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in den Anteros-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. — Metall, Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in haverlands Hof, Neue Friedrichstr. 38.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vorstand der Berliner-Bezirksgruppe. Abends 6 Uhr im Lokal von Clever, Dönhofsplatz, Kanitzstr., Ecke Schillerstraße, Brandenburgerstraße.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 8, Teckhofstraße, nachm. 4 1/2 Uhr Versammlung der Transportarbeiter aus den Zigarettenfabriken bei Wille, Schallstr. 10. Bericht über die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages.
- Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr Versammlung der Schuh- und Reparaturbranche bei Wille, Schallstr. 10. Tagesordnung: Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Anwaltschaften Groß-Berlins. — Soz. Arbeitervereine „Arbeiter“, am Lokal Schreiber, Vossstr. 2, Gruppenversammlung mit Vortrag „Erfahrungen aller Genossen erlebter.“
- Mitarbeiterverein Niederschlesens. Abends 7 Uhr in der Aula der Gemeindegemeinschaft, Berliner Str. 31. Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Mitgliederkarte legitimiert.

Geschäftliches

Die Auswahl von Kandidaten ist eine besondere Sorge der amputierten Kriegsveteranen. Die Präfektur-Kommission der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsveteranen und Hinterbliebenen Deutschlands veranstaltet am Sonnabend im Lehrer-Bereinsklub, Alexander-Platz, einen Vortrag über Kandidaten und Stimmabgabe. Im Hinblick darauf wird die Wahl-Karte des Kriegs-Gesundheitsamtes vorgeschrieben. Alle Kriegsveteranen sollten sich selbst ein Urteil über die verschiedenen Kandidaten-Systeme machen. Wir verweisen des Weiteren auf die Zeitschrift in der heutigen Nummer.

Verantwortlich für Politik u. Redaktion: Des Viehfeld, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhard Seger, Berlin; für den Inhaltsteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romer, Berlin; für den Inhaltsteil u. geschäftliche Mitteilungen: Des Viehfeld, Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Seelze Str. 89.

Die werbenden Kräfte

des Herstellers wirklich guter Zigaretten sind begrenzt. Der Veredelungsprozess des reinen Orienttabaks liegt in der Kunst seiner Verarbeitung. Wir setzen das höchste fachmännische Können ein in der Auswahl der Tabake und ihrer Mischungen.

An zweite Stelle setzen wir die schlichte Hülle, die Ausstattung, in die wir unsere Erzeugnisse verpacken. Dieses sind die werbenden Kräfte unserer, der guten MASSARY-Zigaretten.

Nicht die Hülle, der Inhalt entscheidet

Urteilen Sie selbst!

